absolut und verhältnismäßig gegenüber den gelehrten vernünftig, dann steht es unter sonst gleichen Umständen zweifellos um die Lage der Arbeiterklasse, allgemein betrachtet, schlechter. Auch dann noch, wenn selbst die ungelerneten Kräfte, als Ertrag gelehrter, etwas höhere Löhne als vor dem bezogen. Ein Ausgleich kann nur dann stattfinden, wenn die Entlohnung der ungelerneten gleich ist dem der gelehrten. Das herbeizuführen ist ja aber nicht die Aufgabe der Unternehmer, denn sie wollen doch gerade an der Verwendung von ungelerneten Kräften höheren Profit machen. Gegen die so gestaltete Lohnbedrückung wie gegen alle andre hat die Arbeiterklasse den Kampf aufgenommen. Erst waren es die gelehrten Arbeiter, die sich in freien Gewerkschaften zusammenfanden. Sobald sie sich taftkräftig für ihre eigenen Interessen einsetzten, schlug sich die Staatsgewalt auf die Seite der Unternehmer. Das unter der Ära Bismarck in schweißiger Wirksamkeit getretene Sozialistengesetz erdrosselte die in den siebziger Jahren ins Leben getretenen Arbeiterorganisationen fast restlos. Wenn im Verlauf der zwölf Jahre seiner unheilvollen Herrschaft doch wieder Formen gefunden wurden, in denen sich Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen zusammenfanden, so zeigt sich daran, daß die Notwendigkeit dazu stärker war als die stärksten Paragrafen eines brutalen Ausnahmegesetzes. Dieses fiel schließlich, und nun konnte sich die Arbeiterbewegung entfalten. Nach ihrer Erklärung wendete sich die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften bald der Frage der Erziehung gelehrter durch ungelernete Arbeiterkräfte zu. Sie hielten sich aber durchweg frei von äußerlichen Eingriffen, und sie erkannten ferner, daß die stärkere Verwendung ungelerner Arbeiterkräfte nach dem ganzen Gange der kapitalistischen Entwicklung nicht aufzuhalten sei. Deswegen richtete sich das Bestreben darauf, für ungelernete Arbeiterkräfte, sobald sie als Ertrag gelehrter in Frage kamen, mindestens nach einer bestimmten Zeit der Internierung, die gleichen Löhne herauszuschlagen. Das fand natürlich den größten Widerstand der Unternehmer, denn bei Erfüllung dieser Forderung mußte in den meisten Fällen der Anreiz zur Verwendung ungelerner Arbeiterkräfte fortfallen. Je stärker die Unternehmer sich in ihren Verbänden zusammenfanden, um so zäher wurden auch in dieser Frage die Forderungen der Arbeiterklasse belämpft. Das darf für die ungelernete Arbeiterklasse nur ein Anreiz mehr sein, auch ihrerseits alle Kräfte in der Organisation anzuspannen und durch diese namentlich danach zu trachten, daß dem Drang der Unternehmerrasse nach möglichst billiger Arbeitskraft der Boden entzogen wird.

— Tödlicher Unfall.
In der Zellstoff-Fabrik Waldhof stürzte am 31. Oktober dem dreißig Jahre alten Fabrikarbeiter Paul Jahn ein Hausen Bretter auf den Kopf und brühte ihm den Körper zusammen. Mit schweren Verletzungen wurde der bewußtlose Mann aus dem Holz hervorgezogen. Ins städtische Krankenhaus des Stadtteils Sandhofen gebracht, ist er dort eine Stunde nach dem Unfall verstorben.

Zucker-Industrie
Gewinne der Zuckerrübenfabriken im letzten Geschäftsjahr.

In Nr. 44 des „Proletarier“ haben wir darauf hingewiesen, daß die Zuckerindustrie zu den rentabelsten Kapitalanlagen für die Aktionäre gehört. In dem einen Geschäftsjahr 1911/12 hatten die 64 Aktiengesellschaften nicht weniger als 25 Millionen Mark Reingewinn aus der Zuckerindustrie herausgeholt. Das ist aber nicht der ganze Gewinn. Bei denjenigen Rohzuckerfabriken, deren Aktionäre in der Hauptsache die Rüben liefernden Bauern sind — und solche Fabriken gibt es viele — besteht die Gepflogenheit, den erzielten Gewinn in Form eines Zuschlages zu den Rübenpreisen auszuschießen. Das hat zunächst den Keimen Vorteil, daß die Arbeiter nicht durch hohe Dividenden begehrt gemacht werden, und daneben noch den großen, daß der Steuerfiskus wenig oder gar keinen Gewinn zur Besteuerung vorfindet. Der tatsächlich erzielte Gewinn geht also in den Zuckerfabriken über den bilanzmäßig ausgewiesenen erheblich hinaus.

Im Jahre 1912/13 ist allerdings, soweit sich übersehen läßt, die Gewinnquelle nicht so reichlich geflossen wie in dem Jahre vorher. Die Gründe dafür sind schwer zu erkennen. Unter dem Einfluß der hohen Zuckerpreise im Vorjahre, die eine Folge der schlechten Rübenenernte des Jahres 1911/12 waren, hatten die Zuckerfabriken zum Teil Rübenpreise bewilligt, die über den Durchschnittspreis früherer Jahre nicht unerheblich hinausgingen. Teilweise hatten auch die Rübenbauern durch Zusammenjähren sich höhere Preise einkaufen lassen. Man brachte aber das Jahr 1912 eine sehr reichliche Rübenenernte und damit stark reichende Zuckerpreise. Auch die infolge der seit 1911 einsetzenden starken Preissteigerung für Rohzucker vermehrte Konkurrenz des Kolbruders drückte den Preis mit dem Rübenpreisen in Einklang zu bringen. Sie erlitten Gewinnrückgänge oder gar Verluste. Das trifft sie allerdings durchweg nicht sehr hart. Das Jahr 1911/12 hat den meisten Gesellschaften sehr hohe Gewinne gebracht, die zum Teil für solche Rückschläge zurückgelegt wurden und die nun den Aktionären als Dividenden zufließen. In nachfolgenden stellen wir einige in letzter Zeit veröffentlichte Ergebnisse zusammen.

Die Zuckerfabrik Alfeld hat im Jahre 1912/13 einen Verlust von fast 72 000 M. erlitten. Die Aktionäre gehen trotzdem nicht leer aus. Sie erhalten 3 Prozent Dividende aus dem reichlich aufgefüllten Spezialreservofonds. — Die Zuckerfabrik Culmsee hat einen Reingewinn von 939 535 M. erzielt und verteilt davon 260 000 M. als 20 Prozent Dividende. Außerdem werden 244 766 M. auf gelieferte Rüben nachgezahlt und 50 000 M. als Zantienmen ausbezahlt. Der Rübenpreis steigt durch die Nachzahlung auf 146,8 Pfennig pro Zentner. In diesen abnormen hohen Rübenpreis ist eine verdeckte Dividende enthalten. Warum manche Zuckerfabriken diese Form der Gewinnverteilung vorziehen und durchzuführen können, ist hier schon so oft dargelegt worden, daß wir die Gründe jetzt übergehen.

Die Zuckerfabrik Reuteich hat einen Verlust von 92 405 M. zu verzeichnen. Aber auch hier brauchen die Aktionäre noch nicht am Hungerstabe zu nagen. Die Alfeld hat auch Reuteich in den letzten Jahren einen guten Reservofonds angefüllt, aus dem die Aktionäre fünf Prozent Dividende erhalten. — Weniger glücklich sind die Aktionäre der Zuckerfabrik Riefenburg. Zwar kann der Verlust dieser Gesellschaft in Höhe von 88 270 M. auch aus dem Reservofonds gedeckt werden, aber zur Ausfüllung einer Dividende reicht es nicht. — Einen Verlust von 113 864 M. hatte die Zuckerfabrik Dirich u. Auch hier wurde der Verlust aus dem Reservofonds gedeckt. — Die Zuckerfabrik Droißem hat 8631 M. und die Zuckerfabrik Reine hat 36 704 M. Gewinn erzielt. Da das eine Verteilung nicht lohnt, bleiben die Aktionäre ohne Dividende. — Die Zuckerfabrik Thiele hat zwar auch nur 22 030 M. Gewinn erzielt, da sie jedoch ein geringes Aktienkapital hat, reicht er zur Ausschüttung einer Dividende von 5 Prozent.

Die Zuckerfabrik Bapenteil magt keine Angaben über die erzielte Gewinnsumme, sie will jedoch 4 Prozent Dividende ausschütten und 30 Pf. pro Zentner Rüben nachzahlen, was also einen nennenswerten Gewinn erzielt haben. Diese Gesellschaft magt in ihrem Geschäftsbericht einige Angaben über die gezahlten Löhne. Danach hat sie für 12 810 Arbeitsschichten 36 021,87 M. Lagedohn bezahlt. Außerdem noch 12 138,27 M. für Akkordarbeiter. Der durchschnittliche Schichtlohn beträgt mithin bei dieser Gesellschaft rund 2,80 M. Das ist bitter wenig und illustriert so recht die mitleidige Lage der Arbeiterklasse in den Zuckerfabriken.

Einem Verlust in Höhe von 242 321 M. hatte die Zuckerfabrik Bahnhofs Marienberg. Er wurde aus dem Reservofonds gedeckt. 268 825 M. Reingewinn erzielte die Pommerische Zuckerfabrik Tilla. Sie verteilte daraus 2 1/2 Prozent Dividende. — Die Zuckerfabrik Reig hatte aus ihrem Gewinn in Höhe von rund 307 000 M., zuzüglich der Verlust des Vorjahres, der zins 200 000 M. betrug. Aus dem Rest verteilte 3 Prozent Dividende an die Aktionäre (86 400 M.) und 20 000 M. Zantienmen gezahlt. — Sehr günstig hat die Barther Aktien-Zuckerfabrik abgeschlossen. Sie kann aus 253 208 M. Reingewinn 25 Prozent Dividende ausschütten und die Rüben mit 131 1/2 Pfennig pro Zentner bezahlen.

Der Fuß der guten Ernte.

Das Jahr 1918 wird voraussichtlich eine Rübenenernte und damit eine Zuckererzeugung bringen, wie noch kein früheres Jahr. Das Jahr 1911 brachte bekanntlich infolge der anhaltenden Dürre eine außerordentlich schlechte Rübenenernte. Das Jahr 1912 glück die Minderenernte keines Vorjahres fast aus. Es brachte die höchste bis jetzt in einem vorliegenden fünfjährigen Ermittlungen noch nicht als richtig erweisen, eine noch reichere Ernte bringend. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, und nicht nur für den Rohzucker, sondern auch für den Kolbruder. Die vorliegenden Schätzungen ergeben nämlich folgende Zahlen:

	1911/12	1912/13	1913/14
Gesamterohzuckerernte	9 071 480	9 211 765	9 911 800
Rohzuckerernte der Vereinigten Staaten Amerikas	541 101	624 064	640 000
Rohzuckerernte Europas	8 279 165	8 310 000	8 415 000
Ernte überhaupt	15 891 748	18 145 819	18 968 800

Diese Zusammenstellung zeigt eine Zunahme der Weltproduktion um rund 800 000 Tonnen gegenüber dem bisher unerreichten Vorjahr. Ein charakteristischer Beleg für den Übergang unserer Wirtschaftslage ist die Tatsache, daß seit dem Bekanntwerden dieser günstigen Umstände — die Aktien der Zuckerfabriken und Aktienrenten fallen. Die Aktionäre befürchten, daß die Zuckerpreise sich tatsächlich, trotz der günstigen Ernte des Vorjahres, die Rüben nach zu einem über dem früheren Durchschnitt liegenden Preise halten werden, weil die Untererzeugung von 1911 noch nachwirkt. Diese werden natürlich bei fallenden Zuckerpreisen mit fallenden Gewinnen rechnen müssen. Nun wäre es auf fast belanglos, daß eine gute Ernte einer Handvoll Kapitalisten die Spekulation verdirbt. Aber diese Kapitalisten nehmen das eben nicht ruhig hin. Es fällt ihnen gar nicht ein, ihr persönliches Interesse an hohen Zuckerpreisen hinter das Interesse der Allgemeinheit an billigen Zucker zurückzustellen. Vielmehr sind sie schon eifrig an der Arbeit, durch Preisverhandlungen und Konventionsverbindungen den Preisrückgang zu verhindern. Es ist ge-

lingt, ist eine andre Frage. Aber schon die Tatsache, daß einige Duzend Kapitalisten das Recht und die Macht haben, das ganze Volk um den Segen einer guten Ernte zu pressen, ist ein schlagender Beweis für die Unvereinbarkeit der heutigen kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen des Volkes.

— Aufpassen, die Revision kommt!
Die Berufsgelegenheit der Zuckerindustrie erläßt in der „Zuckerindustrie“ eine Bekanntmachung, in der alle Betriebe aufgefordert werden, die in der diesjährigen Kampagne von den Aufsichtsbeamten revidiert werden sollen. Die Unternehmer können sich also immer schon darauf einrichten und etwaige Mängel beheben. Es klingt ja auch viel schöner, wenn die Beamten in ihren Berichten mitteilen können, daß sie alles (oder doch manches) „in Ordnung“ gefunden haben.

Verschiedene Industrien
Ein Musterbetrieb.

Bekanntlich behaupten unsere Schärpmacher bei jeder Gelegenheit, daß es den Arbeitern in Deutschland sehr wohl geht und daß das gute Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber lediglich durch die Wirksamkeit der Sozialdemokratie getrieben werde. Wie das gute Verhältnis in den Fabriken, in denen die moderne Arbeiterbewegung ihren Einzug noch nicht gehalten hat, aussieht, ist zur Genüge bekannt. Wir erinnern an die große Kategorie der ungelerneten Arbeiter in der chemischen und der Papierindustrie. Hier findet das gute Verhältnis seinen lebhaftesten Ausdruck in fetten Dividenden für die Unternehmer, langer Arbeitszeit, schlechter Entlohnung und harter, brutaler Behandlung für die Arbeiter. Wenn es gelungen ist, die größten Uebelstände in einzelnen Betrieben zu beseitigen, so muß das lediglich auf den Einfluß der Organisation zurückgeführt werden. So haben zum Beispiel die Gummiarbeiter Großberlins immer wieder in Versammlungen und in der Presse auf die in ihrem Berufe bestehenden Mängel und auf die Gesundheitsgefährdung ihrer Beschäftigung hingewiesen. Es ist auch hier und da eine Besserung eingetreten. Trotz alledem existieren vor den Toren Berlins noch etliche Gummiwerke, von denen man den Eindruck gewinnt, als wenn an ihnen alle Organisationsarbeit purlos vorübergegangen wäre.

Geradezu ungläubliche Zustände herrschen in der Gummiabrik F. M. Daubig in Rudow. Fabriziert werden hier Patentgummwaren, die hauptsächlich in der Krankenpflege Verwendung finden. Ueber die Walfabrikation dieser Artikel, die mit Schwefelkohlenstoff, einem sehr gesundheitsgefährlichem Gift, vorgenommen wird, gibt es wegen der schweren Gesundheitsgefährdung der damit Beschäftigten besondere Bundesratsbestimmungen, die hauptsächlich besagen: Die mit Vulkanisieren Beschäftigten dürfen nicht länger als zwei Stunden hintereinander, täglich nicht länger als vier Stunden bei dieser Arbeit tätig sein. Nach zweistündiger Beschäftigung hat mindestens eine einstufige Arbeitspause einzutreten. Den Beschäftigten, die der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzt sind, ist ausreichende Arbeitskleidung zu liefern. Ueber Wasch- und Umkleeräume bestehen Bestimmungen. Endlich soll der Arzt monatlich einmal die Arbeiter im Betriebe aufsuchen und eine Untersuchung auf Schwefelkohlenstoffvergiftung vornehmen usw. Alle diese Bestimmungen werden vollständig ungenügend oder gar nicht von der Firma beachtet. Bei der ärztlichen Untersuchung geht der Arzt durch den Arbeitsraum und fragt vielleicht eine Arbeiterin, die durch besonders schlechtes Aussehen auffällt, nach ihrem Gesundheitszustand. Viele Arbeiterinnen versichern, daß sie den Arzt gar nicht kennen.

Die weiteren sanitären Einrichtungen bewegen sich auf gleicher Höhe. An Verbandsmitteln und sachkundiger Hilfe bei eventuellen Unglücksfällen fehlt es gänzlich. Einem Arbeiter, der sich die Hand verletzete, wurde vom Schloffer eine alte, schmutzige Malbinde angehängt. Die Abortanlagen befinden sich in einem schauerhaften Zustand; weil Wasserfüllung nicht vorhanden ist, berühren dieselben einen pestilenzartigen Gestank. Die Arbeitsräume, in denen eine durch Schwefelkohlenstoff, Benzindunst und Staub ungläublich verpestete Luft herrscht, entbehren jeder Ventilation.

Diesen Zuständen angepaßt ist die Behandlung der dort Beschäftigten. Knigges „Umgang mit Menschen“ scheinen die Vorgesetzten und Inhaber der Firma nicht zu haben, sonst wären Worte, wie Hornochse, Hindweih, Pfeifentopp, Sie sind wohl verrückt, oder: Ich werde Ihnen gleich den Schlauch um die Ohren schlagen, unerlässlich. Hin und wieder werden die Beschäftigten auch noch gebut. Ein launhafter Vorfall spielte sich wie folgt ab: Ein Werkstattschreiber hatte versehentlich das Klosett bespült. Herr M. Daubig betrat nach ihm den Raum und brüllte: „Was war denn das für eine dreieckige Sau? Wenn ich das Was kriegen, nehme ich ihn bei die Lumpen und wirße mit meiner Schlinge den Dreß uff!“ Der Privatdameur, ein durchaus anständiger, ordentlicher Mensch, wurde plötzlich entlassen, weil — seine Frau das Privatauto des Herrn Daubig angefaßt hatte. Herr Daubig brüllte der Arbeiterin zu: „Sie dreieckiges Was, wenn Sie sich noch mal erlauben, mit Ihre Mißhände das Auto anzufassen, fliegen Sie raus!“ Einer Arbeiterin fiel ein Stückchen Gummi auf den Fußboden. Mit folgenden Worten machte Herr Daubig darauf aufmerksam: „Sie Hornochse trampeln ja mit die Deme um die Gummi rum!“ Diese einzelnen Fälle aus dem reichhaltigen Vexikon der Gebr. Daubig (es sind nicht die schlimmsten) geben einen Begriff über das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber.

Die Entlohnung der Männer erfolgt im Stundenlohn und ist sehr minimal. Die Frauen arbeiten meist im Akkord. Hier kommt es des öfteren vor, daß fertige Waren durch irgendwelche Umstände, sei es durch Unordnung des Meisters oder Vorarbeiters, durch schlechtes Material, al. ein Versehen der Arbeiterin usw., unbrauchbar sind. In all diesen Fällen wird dann der Arbeiterin der Betrag für das fertige Material unentgeltlich angefertigt werden. In einzelnen Fällen sind Beträge bis weit über 10 M. abgezogen worden; es ist dann den Betroffenen zugemutet worden, am Wochenlohn ohne Lohn nach Hause zu gehen. Für Unfall werden Beträge von 1 M. einfach vom Wochenlohn abgezogen. Die Verwendung der eingekommenen Strafgebühren bestimmt die Firmenleitung. Eine Vertretung der circa 320 Köpfe starken Arbeiterklasse existiert nicht.

Daß unter diesen Umständen die Firmenleitung Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um jede Organisation vom Betriebe fernzuhalten und bei den Wahlen weitestgehenden Einfluß auf die Arbeiterklasse auszuüben versucht, ist weiter nicht verwunderlich. Plant ist, daß die Gebr. Daubig bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, daß sie selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind. Allerdings wird dabei verschwiegen, daß sie erst durch die „Mißhände“ der Arbeiter zu reichen Leuten geworden sind.

Was sagen die Schärpmacher in der Gummiindustrie zu diesen idyllischen Zuständen in der Daubigschen Fabrik? Spricht Herr Hoff auch jetzt noch von anmaßendem Auftreten der Arbeiter? Vielleicht berührt er einmal diese Zustände in der nächsten Versammlung der Gummiindustriellen.

An die Gewerbeinspektion aber erlauben wir uns folgende Anfragen: Sind der Gewerbeinspektion die Uebertretungen der Bundesratsbestimmungen bekannt? Sind ihr alle gefühlvollen Mängel im Betriebe, besonders die Unzulänglichkeit der Ventilation der Arbeitsräume bekannt? Wenn nicht, würde sich eine unerhoffte Revision des Betriebes außerordentlich empfinden!

Den dort Beschäftigten aber raten wir: Besinnt euch auf eure Klasseninteressen! Schließt euch der zuständigen Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, an! Kämpft mit den andern Gummiarbeitern um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen!

*** Nationalismus und Unternehmerrückgriff.**
Währlich wird bei Beratung des Etats von den Vertretern der Arbeiter in den Parlamenten auf die Regierungen dahin zu wirken versucht, daß bei Vergabung von staatlichen oder kommunalen Lieferungen Bedacht darauf genommen wird, daß die von den Arbeitern erhobenen Forderungen, wie Mindestlöhne, Achtung des Koalitionsrechts, funktionsmäßige Anwendung des § 616 des bürgerlichen Gesetzbuchs usw. innegehalten werden. Wirklich sozial handelnde Regierungen und Kommunen können diesem Verlangen der Arbeiter schon längst nach. Es bedeutet

Papier-Industrie

— Der Arzt als Gutachter.
Der Arbeiter G. war am 12. März 1910 in der Papierfabrik der Firma Günther u. Richter in Bernsdorf bei Ausübung seiner Berufstätigkeit mit der rechten Hand abgeglitten und in das Gesicht hineingeraten. Dabei war ihm die rechte Mittelhand zermalmert worden. Vollige Erwerbsunfähigkeit war die Folge des schweren Unfalls. Aber nur kurze Zeit hatte G. die Vollrente von der Papiermacher-Versicherungsgesellschaft in Chemnitz erhalten, dann war die Rente auf 70 Prozent festgesetzt worden. Diese Rente wurde auf Grund zweier Gutachten des Dr. Alde-Chemnitz, der eine wesentliche Besserung „hoffte“, und die noch vorhandene Erwerbsbeschränkung auf 50 Prozent schätzte, auf 60 Prozent herabgesetzt. Dagegen hatte der Verletzte Einspruch erhoben und, als dieser nicht genügt hatte, Berufung beim Oberverfügungsrat Chemnitz eingelegt. Der Berufungsläger verurteilte, daß die Hand noch völlig gebrauchsunfähig sei, daß er mit ihr nichts arbeiten könne. Auf Veranlassung des Vorsitzenden zeigte der Mann die verletzte Hand dem Gericht. Dieses war mit Einschluß des Vertreters der Versicherungsgesellschaft sofort einhellig der Meinung, daß die Hand noch völlig gebrauchsunfähig sei. Worte des Erwähnten wurden über das ärztliche Gutachten laut. Ein Arbeitgeberbevollmächtigter sagte: „Ich wundere mich über den Arzt; der muß doch wissen, daß diese Hand nicht zu gebrauchen ist!“ Bergleitsweise hat der Vertreter der Versicherungsgesellschaft 60 Prozent der Vollrente, als denjenigen Satz, der beim Verlust der ganzen Hand gewährt wird, dem Verletzten an. Dieser war bergleitsweise mit dieser Rente zufrieden und zog seine Berufung zurück. Der Bericht zeigt, wie wenig man die tatsächliche Verwerblichkeit verletzter Glieder bei einem Arbeiter abzusprechen vermag.

— Guben. Schon wiederholt mußten wir uns in der Besichtigung mit den Zuständen in der Papierfabrik der Firma Köhler in Guben beschäftigen. Besonders gibt das Verhalten des Meisters Veder Anlaß zu Klagen. Der Meister erlaubt sich oft eine Behandlung der Arbeiter, wie man sie in den Gefilden der Indier kaum noch antreibt. Die Organisation ist dem Unternehmer und seinen Meistern und Vorarbeitern entgegengebracht. Einmalig wurde ein Arbeiter kurzhand entlassen, weil er das Verbot des Meisters, im Betriebe einen Kollegen nach seinem Verbandszuge zu fragen, übertreten hatte. Es handelt sich zudem um einen Kollegen, der in diesem Betriebe durch einen Unfall zum Krüppel wurde. Der Vorfall wurde wegen dieser Maßregelung vorzeitig. Herr Köhler erklärte, der Entlassene bezahle je monatlich 18 M. Unpauschale. Als ob das ein Grund wäre, den Arbeiter zu entlassen! Im Betriebe gibt es auch sonst noch allerlei zu Klagen für die Arbeiter. Die Unfälle sind nicht eben selten, namentlich beim Straßabladen; das es bisher nur Männer, mit weniger schweren Folgen waren, das die Firma nicht in Betracht zieht. Die hygienischen Einrichtungen sind ebenfalls mangelhaft. Die Arbeiterklasse des Betriebes hat also allen Grund, an ihrer Organisation festzuhalten, weil nur durch sie die Gewähr einer Besserung gegeben ist.

— Schöna. Betriebskrankenkasse. Die Betriebskrankenkasse der Simonshöfen Zellulosefabrik in Schöna gab am 25. Oktober ihren Jahresabschluss bekannt. Es verbleibt demnach ein Jahresüberschuss von 2000 M. Nun läßt sich bezogen sicherlich nichts einwenden, wenn diese Ueberflüsse nicht auf Kosten der Arbeitergemeindlichkeit herangezogen werden. Dieses jedoch aber nicht in der Zellulosefabrik Schöna der Fall zu sein, wenigstens gibt die Meinung der Firma, die Arbeiter müßten mit dem Krankengeld recht sparsam umgehen, zu denken. Die von der Firma gezahlten Löhne von 18 bis 22 Pf. pro Stunde für erwachsene Arbeiter und 12 Pf. für Arbeiterinnen zeigen jedenfalls nicht danach aus, als ob die Arbeiter auf das Krankengeld verzichten könnten. Auf welches Konto diese 2000 M. Ueberflüsse zu buchen sind, wurde den Arbeitern nicht verraten; wir glauben aber nicht sehr zu geben, wenn wir denselben auf das Straußens legen, da sich jede Woche 20 bis 30 Personen mit 50 Pf. bis 1 M. bestrafen werden. — In familiärer Hinsicht ist es in diesem Betriebe sehr mangelhaft ausgefallen. Der langer Zeit jählich sich während der Kampagne ein Arbeiter eine Krankheit am Kopfe auf; da kein Verbandsgesetz zur Stelle war, ließ man den Verletzten nachwachen eine Viertelstunde weit zum Kopf laufen, was derselbe gerade noch die Glode ziehen konnte, ehe er bewußtlos wurde. Ein Krankenlager zur Unterbringung Schwerkranke ist nicht vorhanden; die Kranken aber Verletzten werden einfach in der Baracke untergebracht.

Während sich die Arbeiter der Schöner Zellulosefabrik zahlreicher als jeher ihre Berufsorganisation anschließen, hat leistungsfähige Arbeitervereine und sonstige Kleinvereine nachgelassen, so wäre das für ihre Arbeitsbedingungen gewiß nur von Nutzen.

— Der Arm gerettet.
In der Papierfabrik von K. Spechtler in Trudewitz hat sich am 22. Oktober ein schwerer Unfall ereignet. Der Maschinenführer Heinrich Müller war beim Auflegen der Pappe auf die Rollen mit dem Arm gefangen die Rollen gerieten. Dabei ist ihm der Arm schwer zerschlagen worden. Dieser Unfall ist in der Fabrik auch ganz kurzer Zeit her. Eine Arbeiterin ist sogar tödlich verunglückt. Zudem da nicht gerade vorüber, die durch bessere Einrichtungen und sorgfältigere Bedienung der Maschinenvermeidung beugt werden können?

— Arbeiterleben!
Am Mittwoch, dem 5. November, geriet der in der Papierfabrik von K. Spechtler in Trudewitz in Schöna 1. K. Beschäftigte Maschinenführer Anton Spechtler beim Einsetzen von Papier, welches sich um eine Rollenfläche gewickelt hatte, so unglücklich in den Rollen, daß ihm der rechte Arm fast ausgerissen wurde. Auch wenn der Körper noch mehrere andere schwere Verletzungen auf. Der Beschäftigte wurde unter großen Schmerzen in das städtische Krankenhaus gebracht.

ja eigentlich auch etwas ganz Selbstverständliches, wenn bei Vergütung derartiger Lieferungen die Arbeiter, die einen großen Teil der Mittel durch direkte und indirekte Steuern aufbringen, ihre Arbeitskollegen vor Maßregelungen und andern wirtschaftlichen Nachteilen schützen wollen. In der Regel geben sich die Firmen, die mit staatlichen Lieferungen beauftragt werden, nach außen hin als ganz hervorragende Patrioten. Wir erinnern nur an die Panzerplattenpatrioten & La Krupp. Wo es aber einmal gilt, wirtschaftlichen Patriotismus durch Übernahme von Opfern zu zeigen, verläßt das „Gelbste der Gelben“ immer sehr bald. An das patriotische Gefühl der Arbeiter stellt man dagegen sehr große Anforderungen, sei es durch Schöpfung mit neuen indirekter Steuern, sei es durch militärische Dienstleistungen. Namentlich die Dienstleistungen sind es, die den Arbeiter wirtschaftlich sehr schwer fähigen. Nicht genug damit, daß er 2 oder 3 Jahre dem „teuren Vaterlande“ dienen muß, wird er nach Beendigung seiner Dienstzeit noch recht oft zur Ableistung militärischer Übungen herangezogen. Er wird aus dem Arbeitsverhältnis gerissen und hat dann noch wochenlange Arbeitslosigkeit zu erwarten. Es gibt zahlreiche Firmen, die den Arbeiter nach Beendigung der Lieferung wieder einstellen, es gibt aber leider auch Firmen, die zu staatlichen Lieferungen stark herangezogen werden und doch das Gegenteil von dem tun, d. h. den Arbeiter nach Beendigung der Lieferung einfach entlassen. Folgender traurige Fall sei den Arbeitern und Behörden als Anschauungsunterricht vorgeführt:

In der Gummi-Fabrik S. Herz, Berlin, wurde ein Arbeiter, der fünf Jahre bei der Firma gearbeitet hatte und dem der Betriebsleiter erklärte, er verrichte die übertragenen Arbeiten zur vollen Zufriedenheit, zu einer vierwöchigen Übung einberufen. Als der Arbeiter nach Beendigung derselben seine Arbeit wieder antreten wollte, händigte ihm der Portier die Papiere aus. Bei einer persönlichen Rücksprache mit dem Entlassenen erklärte der Betriebsleiter, daß seine Stelle besetzt sei, man könne jetzt, wo der Betrieb größer geworden sei, keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen. Im Entlassungszeugnis des Arbeiters heißt es: „Der Arbeiter... ist entlassen, weil seine Stellung während einer militärischen Übung besetzt wurde.“ Also bei 4 Wochen entgangenem Arbeitsverdienst nach vierjähriger Tätigkeit Entlassung. Eine Tat, aus der so viel Patriotismus spricht, daß wir uns jedes Wort der Kritik sparen können. Bemerkenswert ist nur, daß der Inhaber der Firma als „liberaler“ Mann bekannt ist. Oder ist die militärische Übung gar nicht der Grund der Entlassung? Der Arbeiter war nämlich auch Vertrauensmann unseres Verbandes. Dann aber würde ja Nichtachtung des Koalitionsrechts in Frage kommen, und das kann doch bei liberalen Männern erst recht nicht der Fall sein. Oder doch?

Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß die Arbeiter der Firma S. Herz noch verschiedene Beschwerden haben, die hauptsächlich auf die in dem Wege bei der Firma ein offenes Ohr finden. Da ist in erster Linie das Verhalten des Meisters Fechner. Die Firmenleitung erklärt zwar, daß Beschwerden über die Willkürherrschaft des Meisters nicht entgegengenommen werden, aber wir glauben doch, die Firma täte gut, wenn sie die leider nur zu sehr begründeten Beschwerden prüfen würde. Sollte da eine Milderung nicht eintreten, so muß die Firma damit rechnen, daß die Unzufriedenheit unter den Arbeitern sich eines Tages in irgendeiner Form einen Ausweg sucht. Im besonderen dürften dazu die Listen, welche der Meister über das Verhalten der einzelnen Arbeiter führt, das Nötige beitragen. Auch die Beschwerden über nicht genügende Ventilation usw. hatten noch immer der versprochenen Erledigung. Hier wäre ein reiches Betätigungsfeld für die Firma. Inwiefern ist seine Ursache vorhanden, durch Kleinliche Schikanen die Unzufriedenheit unter den Arbeitern noch zu steigern.

*** Zentralisation der an Fischindustrie und Fischhandel interessierten Unternehmerorganisationen.**

In der Monatschrift des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands vom Oktober dieses Jahres erläßt der Vorstand dieses Vereins in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Vereins der Fischhändler Deutschlands eine Einladung zum Anschluß an den Zentralverband der an Fischhandel und Fischindustrie interessierten Vereine. Einen solchen Verband ins Leben zu rufen, wurde auf den diesjährigen Generalversammlungen der beiden genannten Vereine beschlossen und zur Erledigung der nötigen Vorarbeiten ein Organisationsausschuß eingesetzt.

Der Zentralverband will „die Interessen aller Zweige der Fischbranche gleichmäßig wahrnehmen“. Er will für den Fischhandel und für die Fischindustrie, für den Fischhandel und für den Großhandel mit demselben Eifer eintreten. Im Vorstande und in den Ausschüssen des Zentralverbandes werden alle Interessentengruppen ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein. Das Überwachen besonderer Einflüsse soll durch eine zweckentsprechende Organisation des Verbandes ermöglicht werden.

Der Organisationsausschuß rechnet daher auf den Anschluß 1. aller Fischhändlervereine im ganzen Deutschen Reich, 2. aller Spezialvereine der Fischbranche, wie Verein der Fischindustriellen Deutschlands, Verband der Fischkonzernefabrikanten, Verband der Fischgroßhändler an der Weser und Elbe, Verband deutscher Krabbenkonzernefabrikanten, Vereinigung der Importeure und Kommissäre frischer Fische, Vereinigung von Interessenten der Salzheringsbranche usw., 3. aller Handelskammern und Magisträte solcher Bezirke und Städte, in welchen Interesse für Fischhandel und Fischindustrie vorliegt.

Der Ausschuß hält für nicht aufnahmefähig: Fischereivereine und solche Verbände und Vereine, welche in erster Linie Produzenteninteressen vertreten. Diese haben ja ihre Zentralorganisation schon geschaffen. Eine gemeinsame Zentralorganisation von Fischerei, Fischhandel und Fischindustrie besteht außerdem bereits in dem unter Protektorat des Kaisers stehenden Deutschen Seefischerei-Verein und dem Deutschen Fischereiverein, die dem Reichsamte des Innern nahe stehen.

Der Zentralverband der an Fischhandel und Fischindustrie interessierten Vereine will sich auf einem zweifachen Gebiete betätigen. Er will zunächst die großen allgemeinen Interessen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelgesetzgebung, des Verkehrsrechts, der Zoll- und Steuerpolitik, der Gewerbegesetzgebung usw. der Fischbranche wahrnehmen und er will ferner eine Reihe Einrichtungen schaffen, unter anderem eine Rechtsauskunftsstelle, die den Mitgliedern in allen schwierigen Geschäftslagen mit Rat und Tat zur Seite steht; eine Preiszentrale, die die heutige Zeitungswelt regelmäßig mit Urteilen über den Wert der Fische und Fischwaren als Verkaufs- und Einkaufsmittel versorgt, und schließlich soll auch die Gründung einer Verbandskorrespondenz erwogen werden, die alle angeschlossenen Vereine und deren Mitglieder fortlaufend über die Tätigkeit des Verbandes und über alle wichtigen Angelegenheiten der Fischbranche unterrichtet soll.

Zum Schluß wird dann darauf hingewiesen, daß damit das Programm von der voranschreitenden Tätigkeit noch keineswegs erschöpft ist, sondern daß nur die wichtigsten Ziele und Aufgaben der neuen Organisation herausgegriffen sind. Weiter richtet der Organisationsausschuß an alle Vereine in der Fischbranche die Bitte, durch Anstellen der einliegenden Erklärung ihre Bereitwilligkeit zu bekunden, sich in der konstituierenden Versammlung des Verbandes durch Delegierte vertreten zu lassen und diese zu bevollmächtigen, den Anschluß ihres Vereins an den Verband zu sichern.

Nach vorstehendem läßt sich heute schon mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, daß der Zentralverband der an Fischhandel und Fischindustrie interessierten Vereine in aller nächster Zeit das Licht der Welt erblicken wird. Erfahrungsgemäß sind aber neben den eben angeführten die wesentlichsten Ziele solcher Unternehmerzentralen die Bekämpfung jeglicher Organisationsbestrebungen, überhaupt aller von ihnen als „unberechtigt“ anerkannten Forderungen der Arbeiter.

Um daher dem Zentralverband der Fischinteressierten beizustehen eine geschlossene Front entgegenstellen zu können, ist es unbedingte Aufgabe der Arbeiterkraft im Fischhandel und in der Fischindustrie, mit allen verfügbaren Mitteln den Ausbau ihrer eigenen Berufsorganisation zu beschleunigen.

Die Zentralmission der in der Fischindustrie beschäftigten Arbeiter.

* Breslau. In der Bichorien- und Malzfabrik von Hillmann und Richter in Breslau scheinen sich recht eigenartige Verhältnisse einzuschießen. Nicht genug damit, daß man die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit niedrigen Löhnen abspießt, magt man sich auch noch allerlei andre Bevormundungen den Arbeitern gegenüber an. Vor allen Dingen scheint dem Inhaber der Firma die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge zu sein, trotzdem er doch gerade keine Produkte an allen Anschlagspunkten und in diversen Leitungen hauptsächlich der Arbeiterschaft empfiehlt:

„Trinkt nur Hillmann-Malzflasse, denn der schmeckt so gut wie Tee, es ist vom Malzflasse der beste, darum trinkt nur immer feste!“ heißt es da. Und die Arbeiterschaft trinkt und glaubt, in diesem Betriebe sei alles in schönster Ordnung.

Wir wollen heute noch nicht schilbern, unter welchen Bedingungen und Verhältnissen die Produkte bei genannter Firma hergestellt werden. Aber gegen etwas müssen wir heute schon ganz entschieden Verwahrung und Protest einlegen, und das ist die kleinliche Art und Weise, wie man versucht, die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Vertretung ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen, von der gewerkschaftlichen Organisation, abzuhalten. Vor einigen Tagen wurden vor dem Tore der Fabrik Flugblätter verteilt, die den Zweck hatten, den Arbeitern die Ziele und Bestrebungen sowie die Erfolge der Gewerkschaften vor Augen zu führen, weil man es leichter verstanden hat, die Leute vom Besuche der Betriebsversammlungen abzuhalten. Dieses Bettelverstehen scheint es nun dem Inhaber der Fabrik, Herrn Scholz, besonders angetan zu haben. Er ging zu einem alten Arbeiter, dem Vater des Bettelversteher, und verbot ihm, daß er seinem verheirateten Sohne hin und wieder mal ein Brot schenkt. Der alte Arbeiter wohnt im Fabrikshaus und kann, weil die Einrichtungen vorhanden sind, seinen Brotdarfst selbst baden. Dieses will man ihm nun unterlagen, weil er seinem Sohne hin und wieder einmal ein solches selbstgebackenes Brot schenkt. Auch möchte man am liebsten haben, daß die Eltern keine Besuche mehr von ihrem Sohne empfangen. Wirklich vornehm! Wir sind der Meinung, daß es besser wäre, wenn Herr Scholz darauf sehen würde, daß in seinem Betriebe keine Kinder beschäftigt werden, daß die sanitären und hygienischen Einrichtungen in seinem Betriebe einer eingehenden Prüfung unterzogen würden, daß eine gleiche Behandlung der Organisierten und der Unorganisierten eintreten würde, usw.

Wenn man Arbeitern, die im Betriebe alt und grau geworden sind, mit Kleinigkeiten das Leben sauer macht, dann macht das den Eindruck, als wolle man den alten Mann nicht mehr beschäftigen, weil er nicht mehr genügend Mehrwert herausbringen kann. Reichtümer konnte sich dieser Mann bei den „horrenden Löhnen“, die in diesem Betriebe gezahlt werden, nicht sammeln; denn er hat es nach dreißigjähriger Tätigkeit auf ganze 32 Pf. Stundenlohn gebracht. Wenn aber die andern dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen noch nicht einsehen, daß eine derartige Behandlung eines freien Arbeiters unwürdig ist, dann sind sie zu bedauern. Wir können den Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Firma Hillmann u. Richter nur raten, sich samt und sonderb dem Fabrikarbeiterverbände anzuschließen und ihre bisher an den Tag gelegte Gleichgültigkeit und Untertänigkeit abzuschütteln. Kämpft Schülter an Schülter mit euren Arbeitskollegen und -kolleginnen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und laßt euch nicht durch ein liebevolles Schmeicheln des Verleiheres oder durch solche Worte des Unternehmers davon abhalten. Ginein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands!

Konferenz der Zahlstellenleiter des Gaus 7 (Königreich Sachsen).

Am 31. Oktober und 1. November 1913 tagte im Volkshaus zu Leipzig eine Konferenz der Zahlstellenleiter des Gaus 7. Anwesend waren ein Vertreter des Hauptvorstandes, zwei Gauleiter, zwei Mitglieder des Gauvorstandes und 70 Vertreter der Zahlstellen. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte. Unter dem 1. Punkt: Der innere Ausbau der Organisation, behandelte Kollege Neuring die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihren Einfluß auf das gesamte Organisationsleben. An der Hand eines reichhaltigen Materials zeigte der Redner, daß gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrisen die Anspannung aller Kräfte unbedingt geboten ist, um nicht nur den gegenwärtigen Organisationsstand zu wahren, sondern innerlich geklärt daraus hervorzugehen. Die Pflichten der Zahlstellenleiter bestehen zunächst in einer ordnungsgemäßen Durchführung, genauer Kontrolle über Eintagslieferung der Beiträge und systematischer Erziehung zur pünktlichen Beitragszahlung. Von weiterer Wichtigkeit ist die sachgemäße Führung von Mitgliederlisten und Karteiketen. Lohn- und Vertrauensmännerkommissionen sind eine unbedingte Notwendigkeit. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Ansammlung von Material über die Betriebsverhältnisse des Zahlstellengebietes. Bei vorkommenden Differenzen dürfte das auf diese Weise gesammelte Material ein wirksames Eingreifen ermöglichen.

Kollege Hillmann referierte über den „Wert einer intensiven Agitation und wie betreiben wir eine solche am besten und erfolgreichsten“. Er entwickelte in großartiger Weise ein Bild von der ungeheuren Umwälzung im gesamten Wirtschaftsleben und schilderte anschließend dann, welche Maßnahmen zur Gewinnung und Erhaltung der Mitglieder getroffen werden müssen. Eingehend besprach er die häufigen Austritte. Diese herabzumindern müsse mit allen Mitteln versucht werden. Durch regelrechte Abhaltung von Mitgliederveranstaltungen mit ausfallenden Vorträgen müsse das Interesse für die Organisation geschärft werden. Die Wahl von Vertrauensleuten für jeden Betrieb sei unbedingt notwendig, eine systematische Durchbildung aller Funktionäre unerlässlich.

In der darauffolgenden Diskussion begründete zunächst Kollege Lorenz folgenden Antrag:

„Die am 31. Oktober und 1. November d. J. in Leipzig tagende Konferenz der Zahlstellenleiter beschließt, jede Zahlstelle stellt der Gaukasse zu Agitationszwecken für die schwer zu bearbeitenden Gegenden des Gaus pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zur Verfügung.“

Zur Begründung führte er an, daß die Agitation in den ländlichen Bezirken, vor allem im Erzgebirge, große Ausgaben erfordere. Die großen Zahlstellen hätten ein Interesse an der Durchorganisation der ländlichen Arbeiter. Die meisten Dispositionen erklärten sich gegen diesen Antrag. Vor allem betonten die Vertreter der größeren Zahlstellen, daß ihrerseits schon große finanzielle Opfer für gleiche Zwecke im Zahlstellengebiet gebracht würden. Kimmich-Mägeln erklärte eine Beschlußfassung über derartige Anträge als statutarisch unzulässig und ersuchte nochmals die Gauverwaltung, derartige Anträge auf den Gau- und Zahlstellenleiterkonferenzen nicht wieder zur Beratung zu stellen. Der Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Stille, erklärte, die Stellungnahme des Hauptvorstandes sei dieselbe wie früher, es sei von einem derartigen Beschluß Abstand zu nehmen. Allerdings sollen die Zahlstellen freiwillige Beiträge nach Möglichkeit der Gaukasse überweisen. Nachdem noch einige Redner zur Sache gesprochen hatten und unter andern Kollege Richter-Dresden die prinzipielle Gegnerchaft seiner Zahlstelle betonte hatte, wurde der Antrag zurückgezogen.

In der allgemeinen Diskussion schilderte zunächst Kimmich-Mägeln die Schwierigkeiten, mit denen die Agitation verbunden ist. Alle Mittel sind bereits angewendet, mehr agitatorische Erfolge herauszuholen, ist aber fast unmöglich. Der Hauptvorstand möge Hilfer von Zieglerland und den Gefahren der chemischen Arbeit zu Lichtbildvorträgen noch mehr als bisher verwenden. Auch eine Teilung des Gaus sei in Erwägung zu ziehen, um so ein schnelleres Eingreifen der Gauleiter bei Differenzen zu ermöglichen. Einige Vertreter der kleinen Zahlstellen schilderten die Schwierigkeiten, mit denen sie in den örtlichen Gewerkschaftskartellen zu kämpfen haben. Da würden oftmals die Sitzungen nur mit Grenzstreitigkeiten ausgefüllt. Ihre eigentlichen Aufgaben, die Bildungsbestrebungen ihrer Mitglieder zu fördern, werden deshalb von den Kartellen meistens vernachlässigt. Auch über die Untertänigkeit der Kollegen in manchen Zahlstellen wird lebhaft Klage geführt. Ist doch der Vertreter einer kleineren Zahlstelle öfters in der nicht gerade beneidenswerten Lage gewesen, zu gleicher Zeit alle in einer Zahlstelle zu vergeblichen Bemühen betreiben zu müssen. Einige Vertreter der großen Zahlstellen erklärten die Schwierigkeiten an, aber Untertänigkeit sei deshalb nicht angebracht. Selbstlose Aufopferung dürfte letzten Endes doch noch Erfolge zeitigen.

Es folgte ein kurzes Schlußwort der Kollegen Neuring und Hillmann, in denen beide die mannigfachen Schwierigkeiten anerkannten und die Kollegen ermahnten, die gegebenen Anweisungen genau zu befolgen. Es sei weiter notwendig, über alle Vorkommnisse der Leitung schnellstens zu berichten, um so durch schnelleres Eingreifen eine bessere Vertretung der Interessen unserer Organisation zu ermöglichen.

Zum 3. Punkt referierte Kollege Stille-Hannover über die „Kartell bei Lohnbewegungen“. An der Hand verschiedener Beispiele aus der Praxis konnte er verschiedene Fehler und Mängel bezeichnen. Es sei gerade bei uns die Führung von Lohnbewegungen sehr schwer, weil für uns zahlreiche Industrien in Betracht kämen. In der chemischen Industrie müßte man ganz andere Momente in Betracht

ziehen als in der Zieglerindustrie usw. Er ging dann auf die Notwendigkeit der Lohnkämpfe ein. Des Weiteren auf die Einleitung derselben und die Aufstellung von Forderungen. Sehr eingehend behandelte er die Streitführung, den Boykott und die Sperre. Bezüglich der Tarifverträge konnte er mitteilen, daß über 400 Verträge in unserm Verbandsgebiet abgeschlossen sind. Die Tarifverträge über abgeschlossene Lohnbewegungen müßte noch besser werden. Es wäre richtig, wenn der Schlußbericht sofort nach Beendigung der Lohnbewegung fertig gemacht und eingehend wäre. Zum Schluß seiner Ausführungen ersucht er, den Anregungen, die er gegeben, Gehör zu schenken und danach zu handeln. Die Diskussion ergab verschiedene Anfragen und Anregungen, auf die Kollege Stille in seinem Schlußwort einging.

Zu Punkt 4. „Unser Verhältnis zu andern Organisationen“, referierte Kollege Richter-Dresden. Er besprach zunächst den Kartellgeist, der leider immer noch in den verschiedenen Berufsverbänden besteht. Auf der andern Seite seien aber immer mehr Berufsorganisationen ein, daß sie ohne Hilfe der Arbeiter nicht mehr auskommen, und versuchen deshalb, diese in ihre Organisationen einzureihen.

Mit den gemeinsamen Arbeiten bei Lohnkämpfen habe er auch nicht die besten Erfahrungen machen können. Im allgemeinen leisten wir immer die Pionierarbeit, indem wir die ungelerten Arbeiter aufklären und organisieren. Dann gehen diese in einen andern Betrieb, wo wir nicht zuständig sind, und sind für uns wieder verloren. Dann ging der Redner auf das Verhalten anderer Verbände gegen unsere Organisation ein. Er wünscht, daß wir versuchen, mit den Gewerkschaften auszukommen. Anders sei es bei den Porzellanarbeitern, dort solle man nicht so viel Rücksicht nehmen. Diese haben uns in der unanständigen Weise belächelt. Sie verdienen kein Entgegenkommen von unserer Seite. Weiter ging der Redner noch kurz auf die Kartellverträge ein und wünschte, daß der Vorstand nicht immer so rückfällig sein solle, es würde unser Agitationsgebiet dadurch immer mehr eingeengt. Der Hauptvorstand solle etwas Energie zeigen und sich nicht immer alles nehmen lassen. In der Diskussion kamen verschiedene Fragen betr. Grenzstreitigkeiten zur Sprache. Kollege Stille vom Hauptvorstand ging noch kurz auf Schwierigkeiten der abzuschließenden Kartellverträge ein und erklärte, „immer die nötige Energie bei solchen Anmachungen gezeigt werden sei. Vom Kollegen Kimmich-Mägeln wurde noch bekanntgegeben, daß der Verband der Textilarbeiter ein Flugblatt gegen uns losgelassen hätte, in welchem die Unterhaltungen gegenübergestellt worden seien. Darin seien sogar falsche Angaben gemacht worden, indem diese ihre Unterhaltungen nach oben und unsre nach unten abgerundet hätten.“

Unter Punkt Sonstiges wurde der Gauvorstand beauftragt, eine Vorlage betreffs einer Konferenz der Ziegler auszuarbeiten und den einzelnen Zahlstellen anzustellen. Wenn sich dann die Mehrheit der Zahlstellen dafür erklärt, soll eine derartige Konferenz, möglichst nach Chemnitz, einberufen werden. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Streits und Lohnbewegungen.

— Streits und Aussperrungen bestehen in Bülow in Mecklenburg; Eisenberg, S.-M. (Porzellanfabrik); Gittersee bei Dresden (Wellpapierfabrik von F. Schön); Harburg a. d. E. (Zumpfenfotieranstalt Gebr. Salomon); Zugung nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten!

Lohnbewegungen im Gau Thüringen.

Unse Lohnbewegungen im verfloffenen Sommer waren durchweg von erfreulichem Erfolg und beweisen, daß die in den entlegenen Orten des Thüringer Waldes so beliebte Nebenbewegung: „Der Verband hat ja doch keinen Zweck“, oder: „Wir zahlen und die Großstädter ziehen den Nutzen daraus“, völlig unzutreffend ist. Zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fanden folgende Bewegungen statt:

In A r n s t a d t wurde mit der Firma H. Boll u. Sohn, Asphalt-, Dachpappen- und Leerpapierfabrik erstmalig ein Tarif auf 3 Jahre abgeschlossen. Der Stundenlohn wurde sofort um 2 Pf. erhöht mit der Maßgabe, daß der Mindestlohn 38 Pf. pro Stunde beträgt. Dadurch erhielt die Hälfte der beteiligten Kollegen eine sechsjährige Zulage von 4 Pf. pro Stunde. Am 1. April 1915 tritt dann eine abermalige Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Pf. ein. Als Eintrittslohn für Neuanfänger wurden 34 Pf. vereinbart, nach 1/2 Jahr wird er auf 36 Pf., nach 1 Jahr auf 38 Pf. erhöht. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Aufschlag pro Stunde, Asphaltarbeiten mit 20 Prozent Aufschlag vergütet. Bei event. Akkordarbeiten wird der Lohn vor Inangriffnahme der Arbeit vereinbart. Zur Ehre der Arbeiter sei noch erwähnt, daß sie ohne Ausnahme Mitglieder im Fabrikarbeiter-Verbande sind.

In der in Arnstadt befindlichen, zu den Vereinigten „Anfänger- und Summwarenfabrik“, A.-G., Gotha, gehörenden Gummi-Fabrik wurden erfreuliche Erfolge erzielt, allerdings erst nach längeren Verhandlungen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 55 1/2 Stunden verkürzt. Die erreichten Lohnaufbesserungen lassen sich infolge der vielen verschiedenen End- und Akkordlöhne nicht so wie in dem vorstehend genannten Betriebe angeben. Die Erhöhung des durchschnittlichen Wochenverdienstes für den einzelnen Beteiligten betrug 1,30 Mk. Bleibt man in Betracht, daß die Lohnbewegungen von 1910 und 1911 die gleichen und zum Teil noch günstigeren Resultate brachten, so kann hier mit Recht von guten Erfolgen gesprochen werden. Ist doch bei einem größeren Teil der Beschäftigten der durchschnittliche Verdienst seit 1910 um 10 Pf. pro Stunde gestiegen. In diesem Großbetriebe gehört die Arbeiterschaft fast vollständig dem Fabrikarbeiter-Verbande an, und sie hat ein Recht darauf, stolz zu sein, — aber auch was das an! Die Vorgänge in der Zentralleitung dieses Unternehmens sagen das jedem deutlich genug. Die Ferienfrage, die bei den diesjährigen Verhandlungen nur zum geringen Teil gelöst werden konnte, harret noch der Erledigung. Abge unsere Mitgliedschaft in dieser Fabrik stets bereit und einig sein, um das Errengene zu halten.

Ermahnt sei nebenher, daß in der Farbenfabrik von A. Winter, einem Pionierbetriebe, wo nur zwei Kollegen tätig sind, für die beiden Beschäftigten eine wöchentliche Zulage von 2 bzw. 3 Mk. herausgeholt wurde, so daß der jetzige Wochenlohn 25 bzw. 26 Mk. beträgt.

In W a s u n g e n a. d. Werra in der Dachpappen- und Leerpapierfabrik Paul Runkle wurde, nachdem der im Vorjahre erstmalig abgeschlossene Tarifvertrag, der den Kollegen 3 Mk. pro Woche Lohn-erhöhung gebracht hatte, abgelaufen war, ein neuer Vertrag auf 3 Jahre abgeschlossen. Der Lohn wurde um 2 Pf. pro Stunde erhöht mit der Maßgabe, daß der Mindestlohn 32 Pf. beträgt; im Februar 1915 tritt eine weitere Erhöhung um 1 Pf. pro Stunde ein. In dieser entlegenen Gegend wurde eine Stundenlohn-Erhöhung von 7 Pf. seit März 1912 erreicht. Gewiß erfreulich! Allerdings war bisher dort der Lohn sehr niedrig; er ist aber noch niedriger bei den dortigen Papierarbeitern, die nur 2 bis 2,30 Mk. pro Tag verdienen. Werden diese nun die richtigen Lehren daraus ziehen, das heißt den Anschluß an den Fabrikarbeiter-Verband finden?

In Neussen bei Djeiffen wurde für die Arbeiterschaft der Montanwachsfabrik von Gottlieb, Heimann u. Co. eine Stundenlohn-Erhöhung um 2 Pf., für Ueberstunden und Sonntagarbeit 25 Prozent Aufschlag erzielt. Dadurch beträgt der Stundenlohn jetzt 37 Pf. Hier wurde der Stundenlohn im März 1912 ebenfalls schon um 5 Pf. erhöht. Also 1912 und 1913 eine Erzeugung um 5 Pf. pro Stunde (von 32 auf 37 Pf.). Selbstverständlich ist auch hier alles in Verbands- und durch die Arbeiter selbst erreicht. Es muß anerkannt werden, daß infolge der sozialen Einsicht des Unternehmers die sanitären und hygienischen Einrichtungen in diesem Betriebe gute zu nennen sind. Jährlich 3 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu erreichen. Weiter wurde eine Badeanstalt für die Arbeiterschaft errichtet und andre Verbesserungen geschaffen.

In der Eisenacher Bleiweiß- und Farbenfabrik Argberger, Schöpf u. Co. (Inhaber Dr. Ganzer) war der Tarifvertrag abgelaufen; derselbe wurde erneuert und der Stundenlohn um 3 Pf. aufgebessert. Derselbe beträgt nun bis zu 41 Pf. Außerdem wurde noch ein zweiter Arbeitsantrag bewilligt. Bis hierher erhielten die Arbeiter pro Jahr nur einen solchen geliefert. Es muß anerkannt werden, daß infolge der sozialen Einsicht des Unternehmers die sanitären und hygienischen Einrichtungen in diesem Betriebe gute zu nennen sind. Jährlich 3 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu werden ebenfalls gewährt. Mit dieser Firma haben wir seit 1908 im Tarifvertrag. Die Arbeiterschaft ist ohne Ausnahme organisiert.

In Neustadt a. d. Orla, Remontwarenfabrik Habel u. Co., verweigert man die Tarifverträge zu kommen. Der Unternehmer lehnte jede Verhandlung ab, er schickte sich wohl auf die ungünstige Lage des Baumarktes, und weiterhin glaubte er, daß seine Arbeiter — wie vor zwei Jahren — doch schnell wieder die Klinte ins Korn werfen würden, sobald er jede Forderung ablehne. Die Arbeiter hielten aber nun — eine Folge der vor zwei Jahren empfangenen Lehren — wo Besprechungen gegeben, aber nicht gehalten wurden — besser zusammen. Eine von den Kollegen gewählte Kommission führte die Verhandlungen, und erreichte eine Erhöhung des Stundenlohnes um zwei Pfennig auf 32 Pf. Für Überstunden werden 10 Prozent, für Sonntagsarbeit 20 Prozent extra gezahlt. In diesem Betriebe, wo der Proletarier als eifriger Arbeiterbekämpfer das Geste in Händen hat, werden unsere Kollegen alles dran setzen müssen, um weitere Erfolge zu erzielen, um den Lohn und die Arbeitszeit dahin zu bringen, wo er bei den Firmen steht, mit denen wir Tarifvertragsverhältnisse haben.

In Schwarzburg i. Rudolstadt wurden in der Zellulosefabrik W. G. Kisch, Wollf Forderungen eingereicht auf Lohn-erhöhung und Verringerung des Prämien-systems. Verhandlungen mit der Organisationsleitung wurden abgelehnt, und zwar nach dem im „Proletarier“ veröffentlichten Schema, welches der Arbeitgeberverband deutscher Papierfabrikanten an seine Mitglieder gegeben. Man versuchte die Arbeiter durch alles mögliche Gerede hinzuhalten. Das wurde aber jetzt nicht mehr so wie früher hingenommen. Als erster Erfolg der Bewegung ist zu konstatieren, daß ein Arbeiterausschuß gebildet wurde, in den nur Kollegen hineingezogen wurden, die auch Verständnis für unsere Sache hatten; dafür sorgte das gute Organisationsverhältnis. Zu neun Zehntel sind die im Betriebe tätigen Arbeiter Mitglieder des Fabrikarbeiter-Verbandes, und hauptsächlich wird das reifliche Zehntel auch noch halb Mitglied im Verbande. Der neu errichtete Arbeiterausschuß verhandelte dann des öfteren mit der Betriebsleitung und schließlich wurde eine durchsichtliche Lohn-erhöhung von 3 Pf. pro Stunde erreicht. Außerdem soll die Wartezeit beim Kocher leeren und füllen, die früher gar nicht bezahlt wurde, mit 28 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Die Altdiener für die Holzplagarbeiter wurden um 10 bis 15 Prozent erhöht. Wir haben die feste Zuversicht, daß hier unsere Mitglieder, die in der Hauptsache erst jung organisiert sind, im Betriebe zusammenhalten und der Betriebsleitung dadurch zeigen, daß Lohnabzüge wie die früheren — herbeigeführt durch die Teilnahmlosigkeit der Arbeiter — heute nicht mehr so leicht möglich sind. Und muß es gelingen, unsere Schwarzburger Kollegen auf die gleiche wirtschaftliche Stufe der anderen im Vertragsverhältnis stehenden Zellulosearbeiter zu bringen. In Altenburg wurde mit der Walzfabrikfabrik von P. Oupharus der abgelassene Tarif auf drei Jahre erneuert; es wurden bedeutende Verbesserungen erzielt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, an Sonnabenden und vor Festen 8 1/2 Stunden. In Lohn-erhöhung wurden 2 Mk. pro Woche erreicht. Der Wochenlohn beträgt 26 Mk. für Arbeiter und 27 Mk. für Brenner. Überstunden werden mit 50 Pf. vergütet. Wer eine militärische Wehrung macht, erhält den Lohn weiter gezahlt. Bei Krankheit wird bis zur Dauer von 12 Arbeitstagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld von der Firma ausbezahlt. Ferien unter Fortzahlung des Lohnes erhält jeder, nach einjähriger Beschäftigung 3 Tage, nach zweijähriger Beschäftigung 6 Tage. Den Bedarf an Arbeitskräften vermittelt die Verbandsleitung. Und warum war es möglich, das alles zu erreichen? Nun, weil alles im Fabrikarbeiter-Verband ist.

In Sonneberg, im dortigen Spielwarenbezirk, wo die Löhne noch erbärmlich niedrig sind, gelang es ebenfalls, drei Tarifverträge abzuschließen. In einer Puppenfabrik wurde der Altdienerlohn um 10 Prozent angehoben, die Tagelöhnerarbeiter erhielten eine Zulage von 1 Mk. pro Woche, für Überstunden werden 10 Pf. Zuschlag gewährt, Kirchweih und Vogel-schießen wird freigegeben, der Lohn, durchschnittlich 32 Pf. pro Stunde, geht weiter. In einer Kunstwollefabrik wurde der Stundenlohn um 3 Pf., von 23 auf 26 Pf., erhöht. In einem Papiermachereiwerk wurde der Stundenlohn ebenfalls um 3 Pf., von 28 auf 31 Pf., erhöht. Außerdem wurden hier drei Tage Ferien unter Weiterzahlung des Lohnes vereinbart.

In vorstehend angeführten Bewegungen muß noch bemerkt werden, daß sie alle ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. Hier hat sich also wieder die Richtung von der Organisation und ihre Stoffkraft aufs glänzendste bewährt. Allerdings war das, wie schon gesagt, nur möglich durch die gute, geschlossene Organisation. Im Anschluß hieran wollen wir noch über einige Bewegungen berichten, die durch Arbeitseinstellung ihre Erledigung fanden.

In Altenburg, Konjervenfabrik von J. E. Degner a. Sohn, wollte der Fabrikherr einen eingetragenen Vertragsentwurf seine Zustimmung nicht geben. Es kam zur Arbeitsniederlegung; nachdem diese acht Tage gedauert, kam ein Tarifvertrag zustande. Es wurde erreicht: eine Arbeitszeitverlängerung von vier Stunden pro Woche, Lohn-erhöhung wurde 2 Mk. pro Woche zugewandt; der Lohn beträgt jetzt für Lehrlinge und Mägen 26 Mk., für alle übrigen Arbeiter 24 Mk. pro Woche. Für in die Woche fallende Feiertage findet ein Lohnabzug nicht statt. Die Beiträge für die Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung trägt die Firma allein. Für Überstunden erhalten Mägen und Dienenarbeiter 55 Pf., für Sonntagsarbeit 75 Pf. pro Stunde; die übrigen Arbeiter erhalten für Überstunden 50 Pf., für Sonntagsarbeit 70 Pf. pro Stunde. Bei Kleinmengen wird der Arbeits-nachweis des Verbandes benutzt. Ohne ausgeübte Organisation war auch hier die erste Ursache des Erfolges.

In Ebersdorf bei Koburg hatten die in der dortigen Schamottefabrik beschäftigten Kollegen, trotzdem sie erst wenige Wochen im Verbande waren, eine Arbeitseinstellung in Szene gesetzt. Die einschüchternden gewerkschaftlichen Grundzüge wurden außer acht gelassen, noch dazu in einer Zeit, wo der Beschäftigungsgrad in dieser Industrie infolge mangelnder Rentabilität außerordentlich gering war. Die Disziplinlosigkeit der Kollegen, jede Warnung in den Wind schlagen, tat dann das übrige, um dem Unternehmer den Sieg leicht zu machen. Diese Bewegung war die einzige im Gau, die resultatlos abgewendet werden mußte. Diese Niederlage hätte sich vermeiden lassen, hätte man unsere Reichthümer mehr beachtet.

Zusammenfassend darf für Thüringen gesagt werden, daß da, wo die Arbeiter, vor allem eine gute Organisation, vorzuziehen war, Erfolg erzielt wurde. In vorstehend geschilderten erfolgreichen Bewegungen waren 591 männliche und 286 weibliche Arbeiter beteiligt. Von den männlichen entfielen reichlich 160 auf die Konjervenfabrik in Altenburg; es sind meistens Polinnen, die für den Verband bisher leider nicht zu gewinnen waren. Die erlangte Lohn-erhöhung beträgt fast 3000 Mk. pro Woche. Dazu die Arbeitszeitverlängerung, Schenkung landw. und hygienischer Einrichtungen, gewiß alles Erfolge, die beweisen, wie notwendig, aber auch unentbehrlich der Verband für die Arbeiter ist. Und da gewiß und sagt nicht mehr, ihr Thüringer Kollegen, könnt euch reichlich an unser Dament, trinkt ein in den nächsten Herbst; ohne diesen keine bessere Gestaltung einer wirtschaftlichen?

— Eine Ausspernung unserer Kollegen in Dörmant?

Wir haben schon berichtet, daß die Arbeiter der dänischen Zündholzfabrik in Dörmant, Da es sich bei dem Unternehmer der Zündholzfabrik um einen gewerkschaftlichen handelt, macht der Zentralverband der Arbeiter ganz besondere Anstrengungen, um den Streikenden eine Hilfeleistung zu leisten. Man wollte sich an die Vertreter der gewerkschaftlichen und vorwiegend Zündholzindustrie, die dänischen Arbeiter unterstützen, hatte sich aber nur eine Absage. Und nur mit der dänischen Arbeiterorganisation einigten sich, und zwar häufig. In einer Sitzung am 4. November beschloß er die Ausspernung sämtlicher in dänischer Arbeitseinstellung befindlicher organisierten Arbeiter — 400 — der Zündholzfabrik und die ganze Konzern-Organisation, im ganzen circa 45 000 Arbeiter. Nachdem in dieser Beziehung nur die erste Androhung, der nach Verlauf einer Woche die zweite folgt, und wieder nach einer Woche wird also erst die Ausspernung in Kraft treten können, wenn es nicht kommt. Man ist ja in Dörmant nur allmählich an diese Ausspernungsgewaltungen zu gewöhnen worden, daß man sie als ein Bedenken an angesehenen Streik hält, und läßt über die gewaltigen Kraft-anforderungen des Unternehmens nach. Man nimmt auf jeder Seite bei solchen Anlässen sehr den Mund so voll, daß man sich beschämt —

und so wird es auch diesmal geben. Denn würde aus der Drohung wirklicher Ernst, dann würde nach Verlauf einiger Tage die ganze Eisen-, Bau-, Zement- und Zuckerindustrie stillliegen und mindestens 65 000 bis 70 000 Arbeiter feiern müssen.

Rundschau.

Aus der Geschäftspraxis der Streifbrotvermittler. Seitdem die Vermittlung von Arbeitswilligen sich für eine gewisse Sorte von Menschen zu einem Gewerbe herausgebildet hat, werden die Unternehmer vielfach mit Angeboten zur Lieferung von Arbeitswilligen geradezu überhäuft. Es scheint sich bei den Streifbrotvermittlern die Praxis Bahn gebrochen zu haben, daß sie, wenn irgendwo ein Streik oder eine Sperre publiziert wird, der bestellten oder gesperrten Firma durch Offerten ihre lebende Ware anbieten. Das nachfolgende Schreiben, das ein Streifbrotvermittler an einen Fabrikanten geschickt hat, beweist dies:

„Herrn“
Aus dem mit vorliegenden Berliner Vorwärts ersehe ich, daß in Ihrem Betriebe ein Streik der Metallarbeiter ausgebrochen ist, und gestatte ich mir, Ihnen zur Beschaffung der zur Aufrechterhaltung Ihres Betriebes und zur erfolgreichen Bekämpfung des Streiks notwendigen Arbeitswilligen meine Dienste ergebenst anzubieten. Ich habe stets eine größere Anzahl unorganisierten Arbeiter aller Berufswege an der Hand, und in einer ganzen Reihe von Fällen durch Bestellung von Arbeitswilligen die ausgebrochenen Streiks stets zugunsten der Herren Arbeitgeber bekämpft, wie Sie aus den beigefügten Referenzen belieben zu ersehen. Ich bin gern bereit, gegen Erstattung meiner Reisekosten zur Besprechung aller Einzelheiten nach dort zu kommen, und sollte es mich freuen, wenn auch Sie sich meiner Dienste zur Abwendung der gewiß nachteiligen Forderungen Ihrer streikenden Arbeiter bedienen würden. Ihrer geschätzten Nachricht, ob bzw. wann Ihnen mein Besuch genehmigt ist, bleibe ich gern erwartend und empfehle ich mich Ihnen inwieweit

hochachtungsvoll“
Da das Schreiben hystographiert ist, also in größerer Anzahl hergestellt, gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß das Zureden solcher Schreiben an Firmen, die bestreikt oder gesperrt sind, flüchtige Geschäftspraxis ist. — In obigem Falle scheint die Firma auf das Angebot zu haben, denn sie erhielt bald darauf nochmals ein Schreiben, und zwar folgenden Inhalts:

„Herrn“
Ich habe versucht, die Zeitung noch zu bekommen, aber leider ist dieselbe aus der hiesigen Besohle entfernt. Es gibt hier in der Uvalberstraße eine öffentliche Besohle, und da liegen die meisten Holzleistungen von allen größeren Städten aus. Die Zeitungen werden alle zwei Tage ausgewechselt und wandern dann als Malulatur zum Verkauf, und ist es mir nicht möglich, die Zeitungen zu erlangen. Auch im hiesigen Metallarbeiterbureau steht Ihre Firma am schwarzen Brett angehängt, und wird vor Bezug nach dort gewarnt. Sollte ich nochmals eine Notiz finden in irgendeiner Zeitung, so werde ich sie Ihnen zuschicken.

„Hochachtungsvoll“
Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Streifbrotvermittler auch in der Besohle in der Uvalberstraße in Berlin (gemeint ist sicher die Heilmannsche Besohle) und im Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes nach den Adressen solcher Firmen suchen lassen, die mit den Arbeitern im Kampf stehen, um so das Geschäft leistungsfähig zu machen. Es ist einem schon seit längerer Zeit von uns beachtete Erscheinung, daß professionismäßige Arbeitswillige die Veröffentlichungen in den Arbeiterzeitungen daraufhin durchsuchen, wo ein Betrieb gesperrt ist, um in dem betreffenden Betriebe ihre Dienste anzubieten. Die Sperrnotizen in den Arbeiterzeitungen sind für diese Leute also gewissermaßen eine Art Arbeitsnachweis.

Nun scheinen die Leute, die das Gewerbe der Vermittlung von Arbeitswilligen ausüben, in der gleichen Weise zu verfahren. Es wird wohl nötig werden, daß die Gewerkschaften, um diesen Leuten ihr Handwerk zu legen, in anderer Weise Streiks und Sperren bekämpfen, damit den Vermittlern von Arbeitswilligen ihr Geschäft nicht noch unabhässiglich durch die Veröffentlichungen in den Arbeiterzeitungen erleichtert wird.

Polizei und Gerichte.

Wieder Streikende vor dem Schwurgericht.

Vor dem Schwurgericht in Stolp mußten sich die Maurer Theodor Bauske und Willi Müller gegen die Anklage wegen Landfriedensbruchs verteidigen. In der Holztorstraße zu Stolp wurde ein Neubau aufgeführt. Auf diesem waren am 22. April d. J. einige von dem Gustav-Dunderschen Gewerksverein der Bauhandwerker vermittelte Arbeitswillige beschäftigt. Dort war ein Polizeiposten aufgestellt. Diese Maßnahme der Stolper Polizei erregte die Aufmerksamkeit der zahlreichen Passanten der Holztorstraße. Als der Arbeitswillige herannahte, wurde von der Polizei die Straße abgesperrt, damit die Arbeitswilligen nicht mit den Bürgern in Berührung kommen. Wer von den Nicht-Arbeitswilligen durch die Holztorstraße gehen wollte, mußte einen Umweg machen. Die Maßregel vergrößerte die Menschenansammlung. Als die Arbeitswilligen in Begleitung des Bauführers und zweier Polizeibeamten in eine Nebenstraße einbogen, drängte die Menge von beiden Seiten nach. Es entstand ein Knäuel und dadurch wurde ein Teil der Leute direkt in die Nebenstraße gedrängt, während andre freiwillig der Eskorte folgten. Die beiden Polizeibeamten forderten nun die Menge auf, zurückzubleiben. Das geschah zögernd. Aus dieser Menge, in der sich die Angekl. befanden, wurde nun mit einer Flasche geworfen, die den Bauführer Feuer traf. Der Polizeiergeant Lange, der das Ausschlagen der Flasche hörte, will bemerkt haben, daß Bauske mit verlegenerm Gesicht darauf sah. Er beschuldigte ihn des Wurfs. Als er es bestritt, wurde aus der Menge gerufen: „Er ist es nicht, es ist dieses ein Schlingensiefel, der fortgeh!“ Unbehelligt gelangten die Arbeitswilligen und die Polizeibeamten weiter. Als der Polizeiergeant Lange später in das Vereinslokal des Gewerksvereins kam, wurde ihm von dem arbeitswilligen, zugereisten Maurer-polier Siebold die Mitteilung gemacht, daß er gesehen habe, wie Bauske mit der Flasche geworfen habe. Darauf wurde Anzeige erstattet und am 3. Mai Bauske verhaftet. In der Voruntersuchung war nur die Behauptung angebracht, daß Müller mit der Flasche geworfen habe. So wurde auch dieser am 12. Juni verhaftet. Bereits im Juni wurde die Angelegenheit vor dem Schwurgericht verhandelt, bezahl jedoch der Verurteilung, weil ein Belastungszeuge nicht erschienen war. Man behielt die Angeklagten trotzdem in Haft bis zur Verurteilung.

In der jetzigen Verhandlung konnte der Zeuge Siebold seine Behauptung nicht aufrechterhalten. Es mußte der Staatsanwalt deshalb die Anklage des schweren Landfriedensbruchs fallen lassen. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des einfachen Landfriedensbruchs schuldig. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis gegen Bauske unter voller Anrechnung der Untersuchungszeit, und auf acht Monate Gefängnis gegen Müller unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungszeit.

Literatur.

Im Verlag von J. H. W. Dieß Nachfolger, Verlagsbuchhandlung in Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Gue. Zweiter Band. Preis broschiert 8 Mk., gebunden 9 Mk., in Halbfranz 10 Mk.

Der Verfasser sagt in seinem Vorwort unter anderem: Hauptächlich kam es mir auf die Veranschaulichung des geschichtlichen Verlaufs der Bergarbeiterschaft an. Infolgedessen legte ich besonders Gewicht auf die Schilderung der wenig bekannten oder vergessenen Ereignisse in der Zeit der Einführung der neuartigen Industrieergänzung und ihrer Realisierung vor den ersten Kämpfen der Bergleute gegen ihre massigen Ausbeuter und Unterdrücker. Das Referatprogramm der modernen Bergarbeiterbewegung ist eben nur verständlich, wenn man weiß, wie es vor der Geltung des angeblich „freien Arbeitsvertrages“ mit der Realisierung der Ausbeuterergänzung beschaffen war.

Im Verlage von J. H. W. Dieß Nachfolger in Stuttgart sind ferner soeben erschienen: Das heilige Feuer. Gesammelte Erzählungen, Aufsätze und Gedichte für die arbeitende Jugend von Jürgen Brand. Preis halbband kartoniert 75 Pf., gebunden 1 Mk.

Jürgen Brand gehört zu den eindrucksvollsten Erzählern für die heranwachsende Jugend; wer ihn in Feld und Wald folgt, kommt sicher auf seine Kosten. Das „heilige Feuer“ hat daher einen Anspruch darauf, in diesem Jahre sein Plätzchen auf dem Weihnachtstisch einzunehmen.
H. Jägerhöhn. Ein Lebensbild von Georg Stelbow. 29. Bändchen der Kleinen Bibliothek.
Michael Balmin. Ein Lebensbild von Georg Stelbow. 30. Bändchen der Kleinen Bibliothek.
Preis eines jeden Bändchens broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 50 Pf.

Ja oder Nein? Sozialdemokratie und direkte Reichssteuern. Von Dr. A. Südekum, M. d. R. Verlag der Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt a. M. 1913. 10 Pf.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung herausgegeben vom Genossen Gummow, ist soeben Heft 10 erschienen, in dem Georg Stelbow „Marx und die Anarchisten“ behandelt. Das Heft gibt eine sehr gewissenhafte historische und theoretische Zusammenfassung, die heute nicht nur geschichtlichen, sondern auch einen großen aktuellen Wert besitzt. Das Heft umfaßt 70 Seiten und kostet bei der bekannten guten Ausstattung dieser Sammlung nur 50 Pf. Es ist durch unsere Buchhandlung und durch alle Kolporture zu beziehen.

Verbandsnachrichten.

Verbandskarte.

Von den Karten unseres Verbandsgebiets (wie sie dem Kalender für 1914 beilagen) kann ein größerer Posten in Einzelemplaren zum Preise von 15 Pf. das Stück abgegeben werden. Bestellungen unter Angabe der gewünschten Zahl sind an den Hauptvorstand zu richten.

Verbandskalender 1914.

Die Kalender sind nunmehr begriffen. Bestellungen können nicht mehr entgegengenommen werden.

Vom 4. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Barthim 500,—, Lauenburg i. P. 495,63, Eisenberg (S.-A.) 62,50, Weisenfels 47,—, Lohr i. P. 40,20, Ueberrischhausen 18,—, Herzberg a. S. 5,96, Odrich 10,31, Halle a. d. S. 800,—, Schönbeck a. d. E. 600,—, Waltershausen 750,—, Gernsheim 404,18, Roffen 200,—, Dehme 177,97, Nordhalben 124,81, Gietelshöring 25,35, Wülfersberg 14,43, Hamburg 106,10, München 4000,—, Wolbeck 250,—, Gredesmühlen 202,99, Rathheim 200,—, Neuhaldensleben 200,—, Blau i. W. 132,67, Obornitz 66,08, Lauf a. d. P. 24,70, Stuttgart 1000,—, Karlsruhe 550,—, Eßlin 500,—, Guben 200,—, Frankfurt a. d. O. 400,—, Brudmühl 150,—, Jüba 13,82, Magdeburg 4000,—, Mainz 3888,15, Saarau 1000,—, Königsberg i. P. 500,—, Zeig 300,—, Gartha 2,—, Kahl 107,39, Martrantsdorf 34,75, Ebstorf 1,10, J. S. 8,—, Elmig 500,—, Arnstadt 500,—, Dommigsh 154,50, Aue i. Erzgeb. 300,—, Weisig 300,—, Güstrow 200,—, Alfeld a. d. S. 150,—, Zeig 11,—, Hildesheim 1,40, Hanau 3,20, Kolberg —, 90.

Schluss: Montag, den 10. November, mittags 12 Uhr.
Fr. Brun s, Kassierer.

Die Abrechnung für das dritte Quartal 1913 haben eingekandt:

Gernsheim, Dehme, Gredesmühlen, Obornitz, Wanger i. W., Fulda, Sulgau, Jätrrow, Lauenburg in Pommern, Öppingen.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Weisenfels 38,80, Rostof 12,90, Langelsheim 12,50, Eisenach 8,25, Krefeld 7,10, Söbau 6,40, Herzberg a. P. 5,80, Danzig 5,45, Rothenburg o. d. T. 5,—, Mählem a. d. R. 3,70, Reulitz a. d. O. 3,35, Lübbchen 3,20, Rebenfelden 2,75, Heilbronn 77,80, Esfurt 23,75, Werder a. d. S. 8,85, Lemgo 1,10, Dessau 110,05, Burg a. Fehm. 2,65, Saargemünd —, 75, Stettin 237,30, Schöningen 8,15, Stadthofen 22,65, Meile 14,15, Freiburg i. Br. 4,40, Lemthe 1,50, Verburg 80,—, Worbis 11,45, Schwedt 3,60.

Ausgeschlossen

wurde das Mitglied der Zahlstelle
Lanf. Mich ael Spieß, Buch-Nr. 394 654.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretten in
499 258	Joseph Deling	18. 12. 69	1. 9. 07	Althaldensleben
539 632	Michael Rehm	5. 8. 80	25. 2. 12	Mainz
494 518	Hermann v. d. Feide	12. 3. 82	1. 6. 07	Ronneberg
417 475	Wolff Gishold	17. 3. 88	1. 1. 11	Müglitz b. Dr.
518 030	Franz Andzjewski	28. 12. 93	3. 6. 12	Berlin
Karten-Nr.				
317 188	Joh Scheel	21. 11. 94	17. 3. 13	Berlin
301 267	Anna Tad	13. 6. 93	15. 10. 12	Berlin

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Söhnow. Christoph Quandt, Am Ausfall 7.
Dorfken. Johann Seifried, Feldmühlstraße 25, 1. Et.
Grünberg i. Schl. Wilhelm Paulte, Säure 37.
Sineburg. 1. Bevollmächtigter Ernst Habenicht, Neue Straße 9.
Thann i. Elbst. Adolf Kuttler, Rattenbachweg 22.
Theobald Singer, Kirchgasse 23.

Inserate.

Zahlstelle Dresden und Umgebung.
Wir suchen zum baldigen Eintritt einen weiteren Agitationsleiter
der inhande ist, alle in einer großen Zahlstelle vorkommenden Arbeiten zu erledigen.
Bevorzugt wird nur auf einen durchaus befähigten Kollegen. Bewerber, die durchaus agitatorisch, organisatorisch und rednerisch ausgebildet sind, wollen ihre Bewerbungen unter Schilderung ihres unter Besorgung einer Arbeit über folgende Fragen einreichen:
1. Wie ist der Ausbau einer Zahlstelle am zweckmäßigsten zu gestalten?
2. Welchen Wert hat die Statistik für die Arbeiterbewegung?
Die Anstellungsbedingungen können bei dem Verbandsangehörigen, Dresden-Verbandsamt, rüchlich nach den Verhältnissen des Agitationsbezirks erfragt werden. In der Arbeiterbewegung anzudelegte Bewerbungen mit der Aufschrift „Bewerbung“ sind bis zum 29. November d. J. zu richten an
10,50.-) Paul Jakob, Dresden, Seifelsdorfer Straße 77, 1. Et.

Chemische Industrie

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen gegen die Arbeitslosenversicherung.

Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder in Ludwigshafen sind schon seit Jahren bemüht, die Arbeitslosenversicherung durch die Stadt einzuführen. Leider scheiterten ihre Bemühungen bisher an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien auf dem Stadthaus. Im Januar dieses Jahres griffen die sozialdemokratischen Vertreter die Sache wieder auf und reichten folgenden Antrag ein:

„Die Stadtgemeinde errichtet eine vom 1. Oktober 1913 in Wirksamkeit tretende Arbeitslosenversicherung, die den Zweck hat, Arbeitern und Angestellten mit einem Jahreseinkommen von nicht über 3000 Mk. bei eintretender Arbeitslosigkeit eine Unterstützung zu gewähren. Zur Durchführung dieser Einrichtung ist ein Betrag von 10 000 Mk. in den Etat für 1913 einzusetzen.“

Im Finanzausschuß wurde dieser Antrag abgelehnt. Er mußte also im Plenum wiederholt werden. Die Situation hatte sich infolgedessen günstiger gestaltet, als die vier Zentrumsfraktionen die Erklärung abgaben, daß sie für die Einstellung von 10 000 Mk. stimmen würden. Das brachte die „liberalen“ Stadtväter auf die Beine. Sie sahen schon ihre „heiligsten Güter“ in Gefahr. Ihr Unwille gegen die Arbeitslosenversicherung kam in folgendem Gegenantrag zum Ausdruck:

1. Die Frage der Notwendigkeit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung soll seitens der Stadtverwaltung sowohl hinsichtlich des Vorliegens eines Bedürfnisses als hinsichtlich ihrer Einwirkung auf die städtischen Finanzen eingehend geprüft werden. Es soll das Resultat dieser Prüfung in einer Denkschrift zusammengestellt und samt dem statistischen und sonstigen Material den Stadträten zwecks Studium zugänglich gemacht werden. Sollte die Stadtverwaltung zu dem Resultat kommen, daß die Einführung der Arbeitslosenversicherung zu empfehlen sei, so soll sie gleichzeitig ein System in Vorschlag bringen, bei welchem alle Einrichtungen ausgeschaltet sind, welche geeignet sein können, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Gegensatz zu bringen.
2. Vor befriedigender Lösung dieser Fragen stimmen wir gegen die Einführung eines Betrages in das Budget 1913 für den Zweck der Einführung der Arbeitslosenversicherung.

Mit diesem Gegenantrag verlor die Liberalen eine Verschleppungstaktik. Aus dem Wortlaut des jetztgedruckten Satzes geht aber auch hervor, daß die Liberalen Angst haben, die Arbeitslosenunterstützung könnte die Gewerkschaften stärken. Bei diesen Liberalen spielt die Anilinfabrik die erste Geige. Zum besseren Verständnis sei hier erst noch auf das „Höchstbesteuerungs-System“ hingewiesen. In den mittelbaren Städten Bayerns wird den Höchstbesteuerten, soweit an einem Ort ein Drittel der Gemeindeumlagen von fünf oder weniger Umlagenzahlern aufgebracht wird, das Recht eingeräumt, bei allen Einrichtungen, die den Proportions der Umlagengebühren erhöhen, mitzubestimmen. In Ludwigshafen sind die Höchstbesteuerten gegenwärtig die Badische Anilin- und Sodafabrik und die Bayerische Hypothekbank. Beide Institute waren bei den Kommissionsberatungen vertreten und machten ihre Bedenken gegen die Arbeitslosenversicherung geltend, um schließlich auch dagegen zu stimmen. Am 27. Januar kam es zur Beratung und Beschlußfassung im Plenum. Der sozialdemokratische Antrag lag in folgender Fassung vor:

„Die Stadtgemeinde errichtet eine vom 1. Oktober 1913 in Wirksamkeit tretende Arbeitslosenversicherung, die den Zweck hat, Arbeitern und Angestellten mit einem Jahreseinkommen von nicht über 3000 Mk. bei eintretender Arbeitslosigkeit eine Unterstützung zu gewähren. Zur Durchführung dieser Einrichtung beantragen die Unterzeichneten, einen Betrag von 10 000 Mk. in den Etat 1913 einzusetzen zu wollen. Nichtpunkte: Die Arbeitslosenversicherung soll auf folgender Grundlage basieren: 1. Die Stadt errichtet eine Versicherungskasse und eine Zuschußkasse. 2. Die Mitgliedschaft in der Versicherungskasse ist von einer regelmäßigen Beitragsleistung abhängig. 3. Höhe, Beginn und Ende der Unterstützung sowie Karenzzeit regeln sich nach noch näher zu bestimmenden Sätzen. 4. Die Zuschußkasse hat die Aufgabe, Personen, die sich gegen Arbeitslosigkeit versichert haben, einen Zuschuß zu gewähren. 5. Anspruch auf diesen Zuschuß haben Personen: a) die der Versicherungskasse oder einem Arbeitnehmerverein angehören, der satzungsgemäß seinen Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlt; b) mindestens seit einem Jahre in der Gemeinde Ludwigshafen wohnen; c) sich täglich behufs Kontrolle und Arbeitsvermittlung bei dem städtischen Arbeitsamt melden. 6. Versicherungskasse sowie Zuschußkasse werden dem Arbeitsamt angegliedert. 7. Der durch die Zuschußkassen an Mitglieder von Arbeitnehmervereinen auszubehaltende Betrag gelangt von letzteren zur Auszahlung und ist wöchentlich unter Vorlage einer separaten Liste (Name, Höhe, Beginn und Ende der Unterstützung enthaltend) mit der Zuschußkasse zu verrechnen. 8. Die Kontrolle über die Versicherungs- sowie Zuschußkasse ist einem Ausschuß zu unterstellen.“

Außerdem hatten die Zentrumsvertreter folgenden Antrag eingebracht:

„Die Unterzeichneten beantragen in den Voranschlag 1913 die Einsetzung von 10 000 Mk. Beschlußfassung vorbehalten. Im übrigen wünschen wir, daß seitens des Bürgermeisters das Resultat eingehender Behandlung dieser Frage in einer Denkschrift zusammengestellt und samt dem statistischen und sonstigen Material den Stadträten zwecks Studium zugänglich gemacht werde. Ein besonderer Ausschuß ist mit der Bearbeitung der Angelegenheit zu betrauen.“

Nach der eingehenden Begründung des sozialdemokratischen Antrags nahm Herr Dr. Brunn, Vertreter der Anilinfabrik als Höchstbesteuerte, das Wort und bekannte sich als prinzipieller Gegner der Arbeitslosenversicherung. Er befürchtete dadurch einen stärkeren Zufluß von Arbeitskräften und eine Unterstützung der unternehmerfeindlichen Arbeiterorganisationen. Durch den Zufluß von Arbeitskräften sei außerdem ein starkes Anwachsen der Armenlasten zu befürchten. Nach ihm sprang der liberale Stadtrat, Justizrat Dr. Lichtenberger, wohlbestallter Anilinbeamter, in die Arena.

Zuerst bestritt er, daß sein Antrag (der oben zitierte Antrag) eine Verschleppung bedeute. Da jedoch weder sein Antrag noch der der Linken Aussicht auf Annahme habe, werde er für den Zentrumsantrag stimmen. Die 10 000 Mark seien jedoch nur vorbehaltlich einzusetzen, und wenn das (später vorgeschlagene) System den liberalen Erwartungen nicht entspreche, würden sie es ablehnen. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich mit 15 gegen 14 Stimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag gegen die Stimmen der beiden Höchstbesteuerten angenommen.

Mit diesem Beschluß gaben sich die Höchstbesteuerten nicht zufrieden. Die Anilinfabrik hatte schon am 6. Februar 1913 gegen den Beschluß des Stadtrats beim Ludwigshafener Bezirksamt Einspruch erhoben. Als Hauptgründe gegen den Beschluß führt sie an: „daß durch die Arbeitslosenversicherung in Ludwigshafen durch Zufuß von beschäftigungslosen Arbeitskräften von auswärtigen, welcher sich schon seither unangenehm fühlbar macht (!), eine unübersehbare Mehrbelastung des Budgets, das in weitgehendem Maße auf Erhebung von Umlagen angewiesen sei, erfolgen würde. Vor allem glaubt die Anilinfabrik sich gegen den Stadtratsbeschluß wenden zu müssen, weil die Verwendung des Betrages ohne ihre Zustimmung sicher dem sozialdemokratischen Antrage gemäß beschloffen würde. Sie erachtet es für unzulässig, daß eine Kommune aus den von der Gesamtheit der Steuerzahler ausgebrachten Mitteln eine Institution schafft, welche auf finanzielle Unterstützung der Mitglieder unternehmerfeindlicher Arbeiterverbände hinausläuft.“

Die Gründe sind natürlich an den Haaren herbeigezogen. Vor allem der Hinweis auf den Zuzug von Arbeitern. Die Unternehmer, vor allem die Anilinfabrik, wünschen und fördern ja gerade den Zuzug von Arbeitskräften, weil sie dann besser sieben und den Lohn drücken können. Dagegen ist die Angst vor den Gewerkschaften und die Furcht, diesen Gewerkschaften irgendwie zu nützen, echt „Anilin“. Die „schlimmen“ Bedenken der Anilinfabrik gewinnen noch dadurch eine besondere Note, daß die Fabrikleistung bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sich mit ihren sozialen Einrichtungen und ihrem sozialen Entgegenkommen brüht. Für den gelben Wertverein gibt die Fabrik über 100 000 Mk. jährlich aus, um willkürlose Sklaven für ihren Betrieb zu züchten. Den Bau eines Hauses für diesen Verein ließ sie sich etwa 1 Million Mark kosten. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung könnte der Fabrik, wenn ja das Budget dadurch ins Wanken geraten sollte, höchstens 2500 bis 2800 Mk. pro Jahr kosten. Das ist für die Fabrik, die einen jährlichen Reingewinn von über 15 Millionen Mark erzielt und 28 Prozent Dividende verteilt, weniger als ein Pappentitel. Es soll hier noch erwähnt werden, daß der Vorsteher des Bezirksamts der Regierungsrat Mathews ist, derselbe, der bei Einreichung des Vereinsantrags der Anilinfabrik die Rede des Direktors Dr. Müller als „affaslich“ (!) bezeichnete. In dieser Rede hatte der Herr Direktor von Arbeiterterrorismus und von Kräften geredet, die den sozialen Frieden fördern. Gemeint war damit vor allem der Fabrikarbeiterverband. Kein Wunder, daß die Anilinfabrik sich einbildet, im Bezirksamt ein Werkzeug für ihre schwarzen Pläne zu besitzen. In Wirklichkeit liegt der Fabrik nicht das Wohl der Stadt, sondern nur die Sicherung ihres Profits am Herzen. Sie befürchtet, daß durch Einführung der Arbeitslosenversicherung den Arbeitern in Zeiten wirtschaftlicher Krisen das Rückgrat gestärkt wird und diese nicht gewillt sind, zu den ungünstigsten und schließlich entsetzlichen Bedingungen in der Anilinfabrik Arbeit zu nehmen. Deshalb der Kampf gegen eine Unterstützung der Arbeitslosen.

Am 20. Oktober hatte sich der Ludwigshafener Stadtrat endgültig mit der Sache zu befassen. Der Oberbürgermeister hatte einen Entwurf vorgelegt, der die Selbstverwaltung der Arbeiter vorsah. Von untrer Seite wurde das Center System unter Anlehnung an das bayerische Musterstatut mit Nachdruck vertreten. Die Vertreter der Anilinfabrik erklärten sich für das vom Bürgermeister vorgeschlagene Selbstverwaltungssystem. Schließlich wurde der Ausschussantrag, das Musterstatut anzunehmen, das neben Zuschüssen an Organisationen mit Arbeitslosenversicherung eine besondere Versicherungskasse vorsieht, angenommen. Dagegen stimmten der Oberbürgermeister, der Vertreter der Anilinfabrik und die liberalen Stadträte, darunter Herr Dr. Rajchig, Inhaber einer rentablen chemischen Fabrik, der bisher als sozial fortgeschrittenen Arbeitgeber angepriesen wurde. Damit dürfte die Arbeitslosenversicherung in der Stadt Ludwigshafen gesichert sein. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder werden dafür sorgen, daß die statutarischen Bestimmungen im Sinne sozialen Fortschritts abgefaßt werden.

Die Ohnmacht der Gelben der V. A. S. F.

In der Stadtfabrik der V. A. S. F. in Oppau bei Ludwigshafen ist der ununterbrochene Betrieb eingeführt. Die Arbeiter werden in drei Schichten beschäftigt. Anfänglich dauerte die Schicht acht Stunden. Später wurde sie auf neun Stunden verlängert. Die Bezahlung blieb die gleiche wie zuvor bei achtstündiger Schicht. Ein vorlauter Arbeiter sagte den Arbeitern, als sie über die Verlängerung der Arbeitszeit murkelten, sie sollten sich bei dem Gewerkschaftssekretär Haupt vom Fabrikarbeiterverband beklagen, der beim Arbeitgeberverband dahin gewirkt hätte, daß die Achtstundenschicht wieder befestigt würde. Das ist natürlich eine aus den Fingern gelegene Behauptung. Nun sind aber bereits weitere Verschlechterungen eingetreten. Sonntags müssen die Arbeiter eine volle Doppelschicht leisten. Dafür erhielten sie, wie es selbstverständlich ist, zwei Schichtlöhne ausbezahlt. Seit zwei Wochen bekommen sie nur noch eine Schicht und neun Stunden bezahlt. (Es ist zu beachten, daß in der Anilinfabrik alle Neumitgliedenschichten mit zehn Stunden bezahlt werden.) Darob waren vor allem die Werkvermittlungsmitglieder erbost. Was ihnen von den organisatorischen Kollegen fortgesetzt gesagt war, nämlich, daß der gelbe Verein nur zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse da sei, war nunmehr eingetreten. Zwei Verschlechterungen in Oppau in kurzer Zeit war aber selbst den Werkvermittlern zu viel. Sie beschloßen in ihrem Latendrang, eine Petition an die Direktion einzureichen mit den Unterschriften sämtlicher Vereinsmitglieder. Aber vom Beschluß bis zur Verwirklichung ist ein weiter Schritt. Niemand wollte das Schriftstück abfassen, niemand fand den Mut, dasselbe zu unterzeichnen. Sie besannen sich auf ihre Mitgliedschaft im Wertverein, die ihnen jede Lohnforderung untersagt. (Nicht nach den geschriebenen

Satzungen, die ja vieles andre auch nicht enthalten, sondern nach den Anweisungen der im Austrage der Direktion handelnden usw. dafür gut bezahlten Obergelehrten.) Zähnelnischend, mit der Faust in der Tasche, fügten sich die Betrogenen in das Unabänderliche.

× Gute Haffer sind die Herren in der V. A. S. F. in Ludwigshafen. Das zeigte sich erst kürzlich wieder. Ein Arbeiter, der am Streik 1911 beteiligt war und damals seine Entlassung erhielt, ist gegenwärtig arbeitslos. Er wurde am 29. Oktober vom Arbeitsnachweis der Industrien an die Anilinfabrik verwiesen. Weist ein Arbeiter einen Arbeitschein am Nachweis zurück, so muß er damit rechnen, daß er für längere Zeit keine Arbeit vermittelt bekommt, was bei den dortigen Verhältnissen einer Ausbuchtung gleichkommt. Pflichtgemäß ging der Arbeiter zur Anilinfabrik. Herr Baumann, der Arbeitsvermittler der Fabrik, ging mit den Papieren des Arbeiters in einen Nebenraum. Bei seiner Rückkehr gab er dem Arbeiter die Papiere mit dem Bemerkten zurück, er habe 1911 mitgestreikt, er solle ruhig weiterstreiken. Kommentar dazu überflüssig!

Dieses Verhalten des Herrn Baumann erinnert uns an folgende Bemerkung der Direktion in ihrem schriftlichen Bericht über den Streik 1911. Sie schrieb damals, nachdem sie die Wiederaufnahme der Arbeit geschilbert hatte: „Die Sperre, welche der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes über die Streifen verhängt hatte, wurde mit Wiedereinstellung des Streiks für alle ausnahmslos aufgehoben.“ Dem stellen wir nur eine einzige Tatsache gegenüber: Als die Firma Fasig u. Sohn Arbeiter in Anilinfabrik schickte, die dort Doppelschicht einlegen sollten, mußten auf Veranlassung der Anilinfabrik einige Arbeiter der Firma Fasig sofort den Fabrikhof verlassen und von Fasig entlassen werden, weil — nun weil sie als ehemalige Streikende der Anilinfabrik erlaubt waren. Das ist natürlich kein Terrorismus!

Mißlungene Versuche der Selbsthilfe in der Kali-Industrie.

Die Mitglieder des Kali-Syndikates hielten am 31. Oktober in Berlin eine Versammlung ab, in der über die Lage des Kalisyndikates und die Werksstilllegung beraten wurde. Der Vorstand berichtete, daß trotz der politischen und wirtschaftlichen Depression, die im Frühjahr dieses Jahres besonders auf den osteuropäischen Märkten herrschte, und trotz der allgemeinen großen Geldknappheit, die sich in Deutschland, besonders aber in den Vereinigten Staaten Nordamerikas fühlbar machte, der Gesamtabsatz des Kalisyndikates in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 10 Millionen Mark gestiegen ist. Dieser Mehrabsatz reichte jedoch nicht aus, um die Ansprüche der 46 Werke zu befriedigen, die seit dem 1. Januar dieses Jahres neue Beteiligungen und Zuschlagquoten erhalten haben, da ihre Ansprüche an das Kalisyndikat sich bis Ende September auf etwa 11 Millionen Mark belaufen.

Das Geschäft lag ungünstig in hochprozentigen Kalimärkten. Die Ursachen hierzu liegen in den großen Mengen Metallfällungen, die infolge der guten Nebenernte des Jahres 1912 am Markt waren. An der Steigerung des Absatzes sind vornehmlich Kalifällungen und Kalidüngesalze beteiligt. Dagegen ließ der Absatz an konzentrierten Salzen, z. B. an Chlorlithium und an Sulfaten, die bessere Gewinne bringen, zu wünschen übrig. Es ist jedoch in den letzten drei Monaten noch auf einen Ausgleich durch Steigerung des Chlorlithiumabsatzes zu hoffen, da aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas gute Abzüge vorliegen. Die Preise und die Bedingungen über den Verkauf von Kalisalzen stellen im allgemeinen im Jahre 1914 keine Veränderungen erfahren. Die hohen Einkaufspreise für Kalkfällungen zwingen das Syndikat, von ihren Abnehmern höhere Preise zu verlangen, doch soll mit allen Mitteln versucht werden, darauf hinzuwirken, daß die Kalisalze mehr als bisher ungefaßt zur Verladung kommen.

Wir haben bereits berichtet, daß das Syndikat Schritte unternommen hat, um auf dem Wege der Selbsthilfe der ungenügenden Ueberproduktion von Werken zu steuern. Zu dem Zwecke war vor längerer Zeit ins Auge gefaßt, eine Anzahl im Bau befindliche Werke zu veranlassen, die Wertschöpfungsarbeiten einzustellen. Ueber die Erfolge in dieser Hinsicht entnehmen wir der „Deutschen Bergwerkszeitung“ folgendes:

1. Diese Bemühungen, wie ernst sie auch gemeint waren, haben leider bisher zu keinem Resultate führen können, und zwar aus einer Reihe von Gründen, von welchen die hauptsächlichsten hier angeführt sein mögen:
1. Der gegenwärtige Syndikatsvertrag kann zum 31. Dezember 1915 gekündigt werden. Es ist daher für das Syndikat außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich, Stilllegungsverpflichtungen zu übernehmen, die naturgemäß weit über 1915 hinausgehen müßten.
2. Es fehlt bisher eine unbedingt erforderliche Voraussetzung zur Stilllegung neuer entfallender Werke, nämlich die, daß die Syndikatswerke selbst und besonders auch die Fäll (die Staaten) sich auf eine Reihe von Jahren verpflichten, keine neuen Werke mehr ins Leben zu rufen.
3. Gemäß der von der Regierung angenommenen Resolution des Reichstages sollen Werke, welche nach dem 15. Januar 1913 begonnen sind, einer längeren Karenzzeit unterliegen. Es besteht eine große Unsicherheit darüber, ob eine Kalisynode nicht auch für jene Werke eine längere Karenzzeit bringen wird, die durch Stilllegung des Absterbens der Schächte unterbrochen haben. Infolgedessen werden nach dieser Richtung hin vom Kalisyndikat Garantien verlangt, die es unmöglich geben kann.
4. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß in der langen Reihe von Jahren, welche für eine erfolgreiche Stilllegungssaktion in Frage kämen, im Umstande Kalibergbau entsetzt, wenigstens bisher abbaufähige Kalivorkommen nicht vorhanden sind.
5. Manche Verhandlungen scheiterten an den übertriebenen Forderungen, die gestellt wurden, und auch daran, daß die Werke die Absterben bereits an Schächtebaugesellschaften vergeblich hatten, die ihrerseits ebenfalls entschädigt sein wollten.“

Ueber diese Gründe entpann sich eine ausgiebige Debatte, deren Resultat darin gipfelte, daß zunächst Verhandlungen über die Verlängerung des Kalisyndikates durch Aufgabe der Stilllegungsklausel sowie ein Verzicht der Mitglieder des Syndikats auf die Gründung neuer Werke und auf die Beteiligung an solchen ausdrücklich gewünscht werden. Zweckmäßigkeit dieser Verhandlungen soll möglichst noch im Monat November eine Gesellschafterversammlung feststellen.

Schwefelsäure.

(Nachdruck verboten.)

Trotz der vielfältigen Anwendung, welche die Schwefelsäure in der Metallbearbeitung findet, sind sich die wenigsten der Verbraucher über das Wesen und die Eigenschaften dieser Säure klar, und daher kommt es dann, daß dieselbe häufig an ganz ungeeigneten Stellen und auch in unsachgemäßer Weise zur Anwendung kommt, ganz zu schweigen von der abschlechten Unternehmung derjenigen Materialien, in denen Schwefelsäure vorhanden ist und beim Gebrauch frei werden kann.

Der Name deutet einen Stoff an, der mit der Schwefelsäure, wenigstens für den Laien, absofort nichts zu tun hat, denn das Schwefel allgemein bekannte gelbe Pulver (Schwefelblüte) und die in Form von Stangen oder Fäden im Handel befindlichen Stücke zeigen nicht die geringste Ähnlichkeit oder Verwandtschaft mit der Schwefelsäure. Für jemand, der sich etwas mit chemischen Vorgängen beschäftigt hat, ist das allerdings nicht gerade verwunderlich, denn für ihn ist es eine alltägliche Erscheinung, daß die chemischen Verbindungen von verschiedenen Gasen und Stoffen ein von den ursprünglichen Substanzen gänzlich abweichendes Aussehen und auch ganz andre Eigenschaften aufweisen. Der eindrucksvollste Beweis für diese Erscheinung ist das Wasser, welches chemisch aus Sauerstoffgas und Wasserstoffgas im Verhältnis von 1:2 zusammengesetzt ist, d. h. auf je einen Atom Sauerstoffgas kommen zwei Atome Wasserstoffgas, daher die chemische Formel H₂O. Bei der Schwefelsäure liegen die Verhältnisse ähnlich; die chemische Formel für dieselbe heißt: H₂SO₄, welche besagt, daß zu den Atomen H

(Wasserstoff) und O (Sauerstoff) noch S in gewissem Verhältnis hinzugezogen ist. S ist aber das chemische Zeichen für Schwefel, welches lateinisch Sulfur heißt. Auf die ganzen chemischen Vorgänge an dieser Stelle einzugehen, erscheint nicht zweckmäßig, es mag nur bemerkt werden, daß die Schwefelsäure im großen durch die Einwirkung von Schwefeldioxyd (nämlich schweflige Säure genannt), salpetriger Gase, Luft und Wasserdampf aneinander hergestellt wird. Das Schwefeldioxyd ist ein Gas, welches entsteht, wenn Schwefel angezündet oder an der Luft erhitzt wird; die chemische Formel heißt SO₂. Dieses Gas dürfte den meisten Lesern bekannt sein, ebenso seine Eigenschaften, stark erstickend zu wirken. Das Schwefeldioxyd ist im Wasser löslich und kommt meist in dieser Form als schweflige Säure in den Handel. Die chemische Formel für dieses Produkt lautet: H₂SO₃. Die Formel für Schwefelsäure heißt, wie oben schon angeführt: H₂SO₄, d. h. also, die Schwefelsäure enthält ein Atom Sauerstoff mehr, als die schweflige Säure, welches ihr durch Verbindung mit den als Sauerstoffträger dienenden salpetrigen Gasen zugeführt wird. Die durch die Einwirkung von Schwefeldioxyd, salpetrigen Gasen, Luft und Wasserdampf aneinander entstehenden Produkte sammeln sich in den Schwefelsäurekammern, und das Ergebnis heißt Kammerjäure. Diese wird in Klempfannen weiter eingedampft und heißt dann Phosphorsäure, welche nach weiterer Eindampfen in Glas-, Platin- oder Eisenretorten die konzentrierte oder englische Schwefelsäure ergibt, welche noch 2 bis 7 Prozent Wasser enthält. Ganz konzentrierte Säure, das sogenannte Schwefelsäure-Rondohydraz, welches der angegebenen Schwefelsäureformel H₂SO₄ entspricht, wird durch Mischen der Phosphorsäure mit rauchender Schwefelsäure erhalten. Rauchende Schwefelsäure ist auch unter der Bezeichnung

Nordhäuser Vitriolöl bekannt und stellt eine Schwefelsäure dar, welche wechselnde Mengen von Schwefeldioxyd (SO₂) oder Schwefelsäureanhydrid enthält.

Die englische Schwefelsäure ist eine dicke, ölige, farb- und geruchlose Flüssigkeit, welche ihrer großen spezifischen Schwere wegen besonders bemerkenswert ist; dieselbe hat nämlich ein spezifisches Gewicht von annähernd 1,850, ist also fast doppelt so schwer, wie Wasser, so daß also ein Kilo davon nur ein starkes halbes Liter ist, während bekanntlich vom Wasser 1 Liter = 1 Kilo ist.

Schwefelsäure zieht begierig Wasser an und entwickelt dabei große Hitze; sie darf, um ein gefährliches Aufschäumen und Umherspritzen zu vermeiden, nur mit der größten Vorsicht mit Wasser gemischt werden. Vor allen Dingen darf niemals Wasser in starke Schwefelsäure gegossen werden, sondern es muß stets die Schwefelsäure in ganz dünnem Strahl in das Wasser unter stetigem Umrühren gegossen werden. Diese Erscheinungen hören erst auf, wenn die Schwefelsäure ihr halbes Gewicht, also im Volumen fast die gleiche Menge Wasser enthält. Das erwähnte Bestreben der Schwefelsäure, begierig Wasser anzuziehen, ist aber nicht nur infolgedessen fähig, als dieselbe dadurch an Gehalt, resp. an Konzentration verliert, sondern das Volumen vermindert sich dadurch entsprechend, so daß Schwefelsäure enthaltende Gefäße, sobald sie schon ziemlich voll waren, bald überlaufen können. Interessant ist hierbei noch die Beobachtung, daß ein Gemisch von Schwefelsäure und Wasser, beide bei gleichem Wärmegrad, im Volumen kleiner ist, als das Volumen beider Stoffe reinerweise sein müßte; es tritt also eine Zusammenziehung ein, welche bei dem Verhältnis von 1 Mol. Schwefelsäure zu 2 Mol. Wasser am größten ist.

S. S.

Misstände in einer Sprengstoff-Fabrik.

Eine große Anzahl Misstände sind in der Pulverfabrik von Woyt u. Co. in Bontlich vorhanden. Der Betrieb selbst zerfällt in mehrere selbständige Betriebe, so die Schießpulverfabrik, Säurefabrik, Sprengstofffabrik, Schwarzpulverbetrieb, die Neue Fabrik, die rauchlose Pulver, Röhrenpulver, Jagdpulver usw. erzeugt; außerdem besitzt die Firma noch eine Lederfabrik, Tonnenfabrik, Büchsenfabrik und Spargelplantagen. Ferner ist die Teilhaber an einer Ziegelei und Inhaber überseerischer Besitzungen. Eine Filmfabrik ist im Bau. Da nun einheimische Leute für den von der Firma gezahlten Lohn nicht genügend vorhanden sind, um die Arbeiten in den verschiedenen Betrieben zu bewältigen, so sucht die Firma viele fremde Arbeiter heranzuziehen. Da aber bei dem Lohne von Tage und Nacht 3 Mk. pro Tag nicht genug freiwillig kommen, so steht die Firma in recht regem Verkehr mit den verschiedenen Wander-Arbeitsstätten, die ihr dann, wenn nötig, woggenweise die Arbeitskräfte besorgen. Da nun der Arbeiterwechsel sehr stark ist, so floriert dieser moderne Sklavenhandel sehr flott.

Warum wechselt nur die Leute hier immerfort? Sehen wir uns die Sache etwas näher an! Erstens sind die Unterkunftsräume viel zu klein. Ein großer Mißstand ist es auch, daß die Betten übereinander stehen, so daß, wenn in der oberen Etage mal die "Schleusen" brechen, der unterliegende Inhaber auch seinen nötigen Teil von der wenig angenehmen Feuchtigkeit erhält. Auch haufen Tag- und Nachtschlaf zusammen, so daß von einer richtigen ungeführten Ruhe für die einzelnen Schichten keine Rede ist. Ferner stehen die Betten, außer in der neuen Baracke, so eng zusammen, daß man sich nur wundern muß, daß die Firma noch nicht daran gedacht hat, die Leute während der Nacht schiebweise in Tonnen zu packen.

Wahrscheinlich ist nur in zwei Baracken in genügendem Maße, Väterrichtung nur in dem Schwarzpulverbetrieb vorhanden, die aber nur den dort Beschäftigten zugänglich ist. Man sollte doch annehmen, daß bei einer solchen millionenreichen Firma die einfachsten sanitären Einrichtungen überhaupt in bestem Zustande vorhanden sein müßten. In den Krankenhäusern und in den Vorarbeiten sind von der Fabrikverwaltung alle Vorrichtungen; aber halten ja, Bauer, das ist etwas anders. Vielleicht aber findet Herr Dr. Erler in den nächsten Jahren Gelegenheit und Zeit, sein Wort einzulösen. Was schadet es, daß bis dahin die Leute in Staub und Dreck vegetieren — es sind ja nur Arbeiter. Auf ganz denselben Standpunkt stellt sich der Leiter der neuen Fabrik, Herr Obermeister Woyt, indem er vor einiger Zeit einen Ulas erließ, daß sich niemand fünf Minuten vor den Pausen die Hände waschen und die Kleider abstauben dürfe, was bis dahin anstandslos die ganzen Jahre hindurch jeder tun durfte. Zu widerhandlungen werden bei Strafe sofortiger Entlassung oder mindestens mit einer Mark Geldstrafe geahndet. Im Sinne des Gesetzes und der Unfallversicherungsbestimmungen liegt es, daß jeder Sprengstoffarbeiter auf peinlichste Sauberkeit hält und vor dem Verlassen der Fabrik seinen Arbeitsanzug auszieht, nicht aber, wie das hier geschieht, mit abgestaubtem Arbeitsanzug die Fabrik verläßt. Ebenso finden die übrigen von der Betriebsleitung erlassenen Vorschriften sehr wenig Beachtung.

So werden die Vorschriften, die der langjährige Leiter, Herr Dr. Schmidt, in den Trockenhäusern hat anhängen lassen, von seinen ihm doch vertretenden Meistern geradezu mit Füßen getreten. Es ist a. B. streng verboten, auf beiden Seiten zugleich zu arbeiten. Weigern sich aber die Arbeiter, das zu tun, oder machen sie Einwendungen, so schimpft man sie einfach an. Besonders ist der Meister Herr von der Breite stark darin. Wenn es nicht paßt, der kann gehen. "Man to, dat wat geit, man to, dat is nieg to schilum", heißt es in solchen Fällen. Ferner soll nach jedesmaligem Gehen der Abteilungen der Boden, der mit Nitroben gebedt ist, ebenso auch die Ständer, Knäuel usw. naß aufgewischt werden, damit der Pulverstaub, die größte Explosionsgefahr, entfernt wird. Das ist aber nach Ansicht des benannten Meisters aufwendend nicht notwendig, sondern da heißt es auch: "Nig wat, man to, man to!" Der Nitrobenbelag ist auch an manchen Stellen so dick, daß der in den Löchern sich ansammelnde Pulverstaub eine sehr große Gefahr bedeutet. Es ist beinahe ein Wunder, daß die Fabrik noch nicht höfentlichlich ist. Auch müßte von Seiten der Meisterhaft noch darauf hingearbeitet werden, daß die Arbeiter beim Pulverholen aus den Trockenhäusern sich vor dem Geleßeher vorgegebene Vorsichtsmaßnahmen befolgen, aber gerade das Gegenteil ist der Fall. So kann man es beinahe täglich beobachten, wie die Leute mit ihren jauchenden Schreien herein- und herauslaufen. Herr von der Breite natürlich immer mit gutem Beispiel voran. In allem kommt noch eine wüste Entschertei, die wahrscheinlich nicht von den Ober- und Herren Woyt, gewünscht wird. Es fehlt nur noch, daß Herr von der Breite mit Schießpulver und Seitengewehr ausgerüstet würde, und niemand würde die Transportwege, die das Pulver nach und von den Trockenhäusern führen, für freie Menschen halten. Es ist klar, daß bei solch einer Wüßerei sich schreckliche Folgen für die Arbeiter zeigen müßten. So ereignete sich auch infolge dieser sinnlosen Treiberei und der damit verbundenen Augenverletzung der notwendigen Vorsicht am Sonnabend, dem 25. Oktober, ein Unfall, der beinahe ein Menschenleben gekostet hätte. Bei den Ausschachtungsarbeiten an der Filmfabrik brach ein über drei Meter tiefer Kanal teilweise ein und verschüttete einen Arbeiter vollständig. Es war ein Glück, daß sich derselbe gerade in jeder Stellung befand, sonst wäre er rettungslos verloren gewesen. Keinerlei Verlesungen, wie Verstaube, hat er nicht davongetragen, aber ob auch innerlich alles in Ordnung geblieben ist, muß sich erst ausweisen. Augenblicklich liegt er im Kaiserlichen Krankenhaus, wohin er am darauffolgenden Sonntag gebracht wurde. Ursachen dieses Unfalls: Ganz überflüssiges, unangemessenes Abstauben. Dabei läuft eine solche Menge von Geruch und Staub bei diesen Arbeiten herum, daß den arbeitenden Leuten Gummelgott werden kann. Wäre es nicht besser, benannte Arbeiter einem Fachmann zu überweisen, da dieser Unfall doch wieder Kopf und Haar berührt, daß auch nicht einer von den aufschreckenden Meistern einen Dunst von solchen Arbeiten hat?

Da dieser Zustand wollen wir es für heute bewenden lassen. Hoffentlich nimmt die Direktion Anlaß, einmal nach dem Rechten zu sehen und für Abstellung Sorge zu tragen. Auch der Gewerbeinspektion sei hiermit das Gewissen gelehrt, damit sie den Betrieb häufiger und genauer kontrolliert.

Schamotte-Steine.

Unter den feinsten Steinen sind, wenigstens dem Namen nach, die Schamottesteine am bekanntesten. Trotzdem man aber diese Bezeichnung als eingebildete Bezeichnung kennt, läßt sich doch sehr bald konstatieren, daß über die verschiedenen Merkmale, über die Zusammenfassung usw. in den Kreisen der Verbraucher eine noch ziemlich große Unklarheit herrscht, und es wundert, wenn man sich von dem Hersteller bzw. Lieferanten eine gewisse Auskunft geben möchte, um sich vor irrtümlichen Schamottesteinsparungen zu sichern, daß diese mehr als die Hälfte der Erzeugnisse besamt werden, wenn die Verbraucher sich nicht über die Zusammenfassung, welche an die Steine gestellt werden, um für gewisse Zwecke brauchbar zu sein, nicht ganz klar. Das ist auch sehr erklärlich, wenn man bedenkt, daß Schamottesteine überall in Verwendung stehen, wo es sich um die Erzeugung sehr hoher Temperaturen handelt, daß aber wieder die Stellen, an denen hohe Temperaturen benötigt werden, in verschiedenen weit verschiedenen Zusammenfassungen vorkommen, daß also auch die Materialien, welche der Erzeugung hoher Temperaturen ausgesetzt werden, in ihrer Wirkung auf die Schamottesteine sich unterscheiden müssen. Es wird also auch nicht möglich sein, denselben Schamottestein überall unter gleichem Namen zu verwenden, man wird vielmehr darauf Rücksicht nehmen müssen, ob gewisse Arten von Altsilber und Steinen, flüssigen Metallen usw. zu gewöhnen sind, oder ob die Steine nur hohen Temperaturen ausgesetzt werden und die Verwendung nicht erregender Energie, wie elektrische Säure usw., ausgesetzt werden, wie bei Schmelzgeräten.

Keramische Industrie

Fremde Ziegeleiarbeiter in Dänemark.

Im "Jubiläum" 1918 konnten bürgerliche Zeitungsblätter, die für Geld jede gewünschte "öffentliche Meinung" machen, unsere "herrliche" deutsche Sozialgesetzgebung nicht genug lobhellen. Sie versuchten dem deutschen Mittel proletarischer Herkunft plausibel zu machen, daß in dem Lande der 100jährigen Freiheit durch die wohlwollende Regierung der diversen gekrönten Häupter für den Arbeiter derartig gut geforgt sei, daß diese alle Ursache hätten, endlich in den Ruf: "Deutschland über alles" mit einzustimmen.

Ziegeleiarbeiter haben diese Schreibergelesen anscheinend noch nicht berichtet, sonst müßten sie wissen, daß es hier mit der vielgepriesenen Sozialgesetzgebung noch recht jämmerlich bestellt ist. Dies läßt sich am besten beurteilen, wenn man die Sozialgesetzgebung anderer Länder zum Vergleich heranzieht. So veröffentlichte vor einiger Zeit die "Lohn-Industrie-Zeitung" die gesetzlichen Bestimmungen für ausländische Arbeiter in Dänemark, die eine Beachtung und Nachahmung im "Lande der Sozialpolitik" wohl verdienen.

Die genannten Bestimmungen sind in Form eines gesetzlichen Arbeitsvertrages in dänischer und deutscher Sprache abgefaßt. Das gleiche gilt von dem unentgeltlich zu verabfolgenden, vom Ministerium gutgeheißenen Lohnbuche. Der Arbeiter hat das Recht, sein Lohnbuch selbst anzugeben und es bei der Abreise mitzunehmen. Wenigstens zwei Tage vor der allwöchentlichen Abrechnung müssen die Arbeiter ihre Lohnbücher zwecks Eintragung abliefern. Das Lohnbuch enthält den Wortlaut des Arbeitsvertrages vorgebucht, während die besonderen Vereinbarungen einzutragen sind. Außerdem muß der Vertrag in zwei Ausfertigungen sowohl dem Arbeitgeber als auch vom Arbeitnehmer durch Unterschrift als bindend anerkannt werden.

Der Arbeitsvertrag setzt u. a. folgende Bestimmungen vor: Zunächst ist die Dauer der Beschäftigung anzugeben; vorgezogen ist der 15. Dezember als Ende der Saison. Als Mindestalter ist das 15. Lebensjahr festgelegt. Jeder Ausländer muß eine von den Behörden seines Heimatlandes ausgefertigte Legitimation mitbringen. Schwangere Frauen dürfen nicht eingestellt werden.

Jeder Arbeiter, der auf Veranlassung des Arbeitgebers oder seines Bevollmächtigten nach Dänemark gekommen ist, hat Anspruch auf unentgeltliche Reise von der Grenze des eigenen Landes bis zur Arbeitsstelle und bekommt in gleicher Weise die Rückreise vergütet. Das Reisegeld für die Heimreise muß auf Verlangen in deutscher Münze ausbezahlt werden, sofern dieses Verlangen spätestens acht Tage vor dem Abrechenungsstichtag geäußert worden ist. Keinen Anspruch auf Rückreisegeld haben vertragsbrüchige Arbeiter.

Bei Tageslohn sind im Vertrage die Lohnbeträge anzugeben für kräftige Mannespersonen über 20 Jahre, für kräftige Burgen, für Frauenpersonen und für kleinere Burgen. Bei Akkordlohn sind die einzelnen Lohnsätze genau einzutragen.

Weiter sind vorgezogene Bestimmungen über Zahl der Schichten, über Anfang und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie über Dauer und Zeitpunkt der Ruhepausen. Die Überarbeit muß besonders vergütet werden, und zwar muß die Entschädigung für jede angefangene Viertelstunde festgesetzt werden.

Die Abrechnung hat allwöchentlich zu erfolgen. Außer der Gehaltszahlung können auch Naturalverpflegung und sonstige Bezüge festgesetzt werden.

Falls den Arbeitern Wohn- und Schlafräume vom Arbeitgeber gestellt werden, ist dieser dafür verantwortlich, daß die Räume den gesetzlichen Vorschriften genügen. Insbesondere ist bestimmt, daß die Betten nicht übereinanderstehen dürfen und durch Zwischenräume getrennt sein müssen. Auch muß jedes Bett mit Strohsack, Kissen und zwei wollenen Decken versehen sein. Beleuchtung- und Brennstoffe sowie Waschgeld hat der Arbeitgeber zu liefern. Ihn obliegt auch die Sorge für die Reinhaltung der Räume, wenn derselbe kein Vorarbeiter mit Frau oder keine aufstehende Frauensperson wohnt.

In Krankheitsfällen muß der Arbeitgeber für die erforderliche Hilfe sorgen, wenn nötig, durch Zuziehung eines Arztes, durch Vierung von Arznei oder Unterbringung in einem Krankenhaus. Die Unkosten, die dadurch entstehen, hat der Unternehmer zu tragen, jedoch nur, wenn die Krankheit nicht durch ungebührliches Verhalten des Arbeiters hervorgerufen wurde. Die Verpflichtung des Arbeitgebers besteht nur bis zur Höchstdauer von sechs Monaten. Diesen Vorschriften hat der Arbeitgeber durch Versicherung seiner Arbeiter in der Krankenkasse des ministeriell anerkannten "Vereins zur Versicherung ausländischer Landarbeiter in Krankheitsfällen" zu genügen. Ferner ist derselbe verpflichtet, die Arbeiter gegen die Folgen von Unfallsfällen bei der Arbeit in Land- und Forstwirtschaft zu versichern zu halten. Falls die Arbeiter bei ihm wohnen, muß er auch deren Habgüter gegen Feuer versichern bzw. für sie im Brandschadenfall aufkommen. Sämtliche durch Versicherung entstehenden Kosten hat der Arbeitgeber zu tragen.

Es ist verboten, den Arbeiter zu verpflichten, irgend etwas bei dem begleitenden Führer oder Vorarbeiter zu kaufen. Der Verkauf geistiger Getränke durch den letzteren an die Arbeiter ist untersagt. Verletzt der Arbeiter dadurch den Vertrag, daß er ohne triftigen Grund wiederholt von der Arbeit wegfleht, die Hausordnung mißachtet oder dem Trunke ergeben ist, oder macht er sich strafrechtlicher Vergehen schuldig, so kann der Arbeitgeber den Vertrag außer Kraft setzen. In diesem Falle verliert der Arbeiter den Anspruch auf Vergütung der Rückreise.

Derartige Bestimmungen kennen wir in unserem herrlichen deutschen Vaterlande noch nicht einmal für die einheimischen Arbeiter, geschweige für die ausländischen. Es ist bezeichnend für die deutsche Sozialgesetzgebung, daß der deutsche Ziegeleiarbeiter im Auslande vor Übergriffen der Unternehmer mehr geschützt ist und mehr Rechte besitzt als in seiner Heimat.

Die Bestimmungen über die Dauer der täglichen Arbeitszeit und die zulässigen Arbeitsschichten hat die "Lohn-Industrie-Zeitung" veröffentlicht. Es ist bemerkenswert, daß die Ziegeleiarbeiter daran Anstoß nehmen, entzieht sich seiner Kenntnis. Mag aber sein, denn in Dänemark ist die gesetzliche Arbeitszeit in den Ziegeleien schon längst auf ein Maß reduziert, das die deutschen Ziegeleiarbeiter als ihren Reiz erklären. An die Einhaltung ähnlicher gesetzlicher Bestimmungen ist bei uns mit Rücksicht auf die Vorbereitungen der Ziegeleiarbeiter in absehbarer Zeit noch nicht zu denken. Den deutschen Ziegeleiarbeitern bleibt mithin nichts anderes übrig, als sich mit Hilfe ihrer Organisation das zu erringen, was ihnen die Gesetzgebung versagt.

Terror eines Ziegeleibesetzers.

Die Arbeiter des harmutischen Dachsteinwerkes in Steinkirch haben in letzter Zeit von dem gesetzlich gewährleisteten Rotationsrecht Gebrauch gemacht. Das schien aber dem Herrn Harmuth nicht zu passen, denn er hat am 4. November alle Organisierten — neun Mann an der Zahl — entlassen. Das ist aber durchaus kein Terrorismus, denn Terrorismus. Aber nur die organisierten Arbeiter, so wenigstens fortwährend alle Schmarotzer. Daß Herr Harmuth den lasernen Arbeitern rät, sich von Laubhabel (soz. Abgeordneter) Arbeit zu lassen oder einen Teil des Beschäftigten Nachlasses zu fordern, darf wollen wir mit ihm nicht rechten, da er nur den Unstun anderer Schuld nachbetet. Auch seine Verbandsbürokraten nehmen wir ihm nicht tran denn schon größere Geister haben diese Tätigkeit ohne Erfolg versucht. Wichtig für uns ist es, zu unterfragen, warum Herr Harmuth die organisierten Arbeiter in seinem Betriebe duldet. Da finden wir, Herr Harmuth allerdings Grund hat, die Organisation zu fördern. Die Abgabe in seinem Betriebe, die für Männer 25 Pf. pro Stunde tragen, sind sehr verbesseungsbedürftig. Auch die Akkordlöhne sind niedrig, sie betragen 15 bis 21 Mk. pro Woche. Wir glauben recht, daß organisierte Arbeiter schließlich eines Tages für ihre Arbeitskraft eine höhere Bezahlung verlangen würden. Desgleichen dürften organisierte Arbeiter nicht immer geneigt sein, sich von Herrn Harmuth "de flucht e Hunde" titulieren zu lassen.

In diesem Betriebe ist auch sonst sehr vieles saul. Waschräume und Aborte für Frauen sind dort unbeladene Dinge. Die mit Steinen geplasterte Frühstücksküche ist auch nicht besonders einladend. Es ist nicht sehr nett von Herrn Harmuth, wenn er den Arbeiter zumutet, während der Arbeitszeit Licht auf ihre Kosten zu beschaffen. Der genannte Vorfall in dem ersten Stock besteht aus morrischen Dilettanten kein Geländer, wodurch sehr leicht Arbeiter verunglücken können. Herr Harmuth scheint das Leben der Arbeiter überhaupt sehr gering schätzen, denn der Abbau im Beschäftigt wird ganz und gar nicht vorschrittsmäßig gemacht. Die hohe Wand wird unterminiert, damit schneller geht und nicht viel kostet. Erst im vorigen Winter sind zu Mann in die Tiefe gestürzt, und es ist ein Wunder, daß dabei Menschen nicht umgekommen sind. Herr Harmuth stand dabei und gab Anleitung zu der lebensgefährlichen Arbeit. Das sind allerdings Zustände, die sich eine organisierte Arbeiterkraft auf die Dauer nicht gefallen lassen würde. Vielleicht sieht sich die Gewerbeinspektion einem Betrieb etwas genauer an und macht dem Herrn klar, daß selbst ein schneidiger Ziegeleibesetzer nicht so froh mit Menschenleben umgehen darf und daß die Gewerbeordnung auch für ihn Giltigkeit hat.

Die Wirkung des Streiks.

Im vorigen Frühjahr kam es in einer Anzahl Ziegeleien in der Umgebung Strahburgs zum Streik, weil die Ziegeleibesetzer ihr gegebenes Versprechen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, nicht einhielten. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt wurden, so endete der Streik doch mit einem annehmbaren Ergebnis der Streikenden.

Interessant sind nun die Auslassungen, die kürzlich in einigen Unternehmerrundungen über diesen Streik gemacht wurden. Zunächst wird behauptet, daß der Streik von den Führern der im Fabrikarbeiterverband organisierten Ziegeleiarbeiter gerade zu Beginn der Kampagne angestiftet wurde, und so die vom schönsten Wetter begünstigte Zeit unbenutzt vorübergegangen sei. Wenn die Arbeiter wenigstens gemerkt hätten, daß die Ziegeleibesetzer genügend Steine hatten, dann konnten sie ja ruhig streiken. Aber gleich im Frühjahr damit einzusetzen, wo es doch an Steinen mangelte, das ist unvernünftig!

Recht schlechte Erfahrungen machten die Ziegeleibesetzer auch mit den aus Hamburg gelieferten Arbeitswilligen. Sie hätten, heißt es in dem Bericht, gänzlich verfaßt, da diese alles andere, nur kein Ziegeleiarbeiter gewesen seien. Die Ziegeleibesetzer werden sogar ausdrücklich vor den Streikbrecherbureauis gewarnt. Gewiß ein Zeichen, daß die Hamburger Herrschaften den Ziegeleibesetzern wenig Freunde bereitet. Ferner sei durch die Unterbrechung der Arbeit viel halbvorbereitetes Material verdorben, und ein geordneter Betrieb sei erst nach geraumer Zeit wieder möglich geworden. Den Ziegeleibesetzern seien dadurch mehrere Geldpöpper angesetzt worden, die sich noch dadurch vergrößert hätten, daß durch den Mangel an Ziegelsteinen große Bauten in Beton ausgeführt werden mußten. Es sei deshalb auch nachträglich nicht möglich gewesen, den Schaden auch nur teilweise auszugleichen.

Dieses Eingeständnis zeigt, welche wichtige Waffe den Ziegeleiarbeitern durch die Organisation gegeben ist. Wenden sie diese Waffe zu richtigen Zeit richtig an, so sind sie in der Lage, den allen gerechtgeforderten widerstrebenden Ziegeleibesetzern einen solchen Schaden zuzufügen, den diese nicht wieder einzuholen vermögen. Deshalb ist jeder Streik, auch wenn er nicht gewonnen wird, ein Stück Erziehungsbearbeit an den Unternehmern, die nachträglich ihre Früchte zeitigt.

Der Strahburger Zieglerstreik war für die dortigen Ziegeleibesetzer eine herbe Lektion, er hat ihnen nach ihren eigenen Auslassungen gelehrt, daß die Macht des Geldsacks an dem organisierten Willen der Arbeiter keine Grenzen findet, so daß zu erwarten ist, daß die Herren der Forderungen der Arbeiter in Zukunft etwas geringeren Widerstand entgegensehen.

Wievergiftungen in der Keramikindustrie.

Das Bundesarbeitsamt der Vereinigten Staaten Nordamerikas veranfaßte vor einiger Zeit eine Untersuchung über die Wievergiftung in der Keramikindustrie. Die Wievergiftung ist infolge der mangelhaften Gesetzgebung ziemlich umfangreich, ihre Untersuchung und Beobachtung jedoch durch die enorme Fluktuation der Arbeiterkraft, ebenso schwierig. Wenn dennoch in den Steingutfabriken unter 1742 Personen, die der Wievergiftung ausgesetzt waren, 163 Vergiftungsfälle festgestellt wurden, so läßt das den Grad der Gefahren erkennen. Am häufigsten waren die Glazierer der Vergiftung ausgesetzt. Ihnen folgten die Maler, dann die Mischer, Glasmaler und Glasarbeiter, und an letzter Stelle die Schmelzarbeiter.

In 18 Fabence- und Kunstziegelabriken ergaben sich unter 547 Beschäftigten 98 Vergiftungsfälle. Im allgemeinen machten sich die Vergiftungsercheinungen dort am häufigsten bemerkbar, wo die Löhne am niedrigsten waren. So betrug der durchschnittliche Tagesverdienst in den Fabence- und Kunstziegelabriken 1,25 Dollar (5,25 Mk.), während nahezu 18 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter an Wievergiftung erkrankt waren. In den Steingutfabriken dagegen, wo der Lohn die doppelte Höhe erreicht, beträgt die Zahl der an Wievergiftung erkrankten Personen nur 9,3 Prozent.

Daraus ist zu folgern, daß der geringe Lohn und die damit verbundene schlechte Ernährung den Körper für die Wievergiftung empfänglicher macht, indem er nicht die nötige Widerstandsfähigkeit aufzubringen vermag. Da der Magen der amerikanischen Arbeiter von derselben Beschaffenheit ist wie der der deutschen Arbeiter, so dürfte diese Schlussfolgerung auch für sie zutreffend sein.

Schamotte-Steine.

(Nachdruck verboten)

Unter den feinsten Steinen sind, wenigstens dem Namen nach, die Schamottesteine am bekanntesten. Trotzdem man aber diese Bezeichnung als eingebildete Bezeichnung kennt, läßt sich doch sehr bald konstatieren, daß über die verschiedenen Merkmale, über die Zusammenfassung usw. in den Kreisen der Verbraucher eine noch ziemlich große Unklarheit herrscht, und es wundert, wenn man sich von dem Hersteller bzw. Lieferanten eine gewisse Auskunft geben möchte, um sich vor irrtümlichen Schamottesteinsparungen zu sichern, daß diese mehr als die Hälfte der Erzeugnisse besamt werden, wenn die Verbraucher sich nicht über die Zusammenfassung, welche an die Steine gestellt werden, um für gewisse Zwecke brauchbar zu sein, nicht ganz klar. Das ist auch sehr erklärlich, wenn man bedenkt, daß Schamottesteine überall in Verwendung stehen, wo es sich um die Erzeugung sehr hoher Temperaturen handelt, daß aber wieder die Stellen, an denen hohe Temperaturen benötigt werden, in verschiedenen weit verschiedenen Zusammenfassungen vorkommen, daß also auch die Materialien, welche der Erzeugung hoher Temperaturen ausgesetzt werden, in ihrer Wirkung auf die Schamottesteine sich unterscheiden müssen. Es wird also auch nicht möglich sein, denselben Schamottestein überall unter gleichem Namen zu verwenden, man wird vielmehr darauf Rücksicht nehmen müssen, ob gewisse Arten von Altsilber und Steinen, flüssigen Metallen usw. zu gewöhnen sind, oder ob die Steine nur hohen Temperaturen ausgesetzt werden und die Verwendung nicht erregender Energie, wie elektrische Säure usw., ausgesetzt werden, wie bei Schmelzgeräten.

Schamotte-Steine.

(Nachdruck verboten)

Unter den feinsten Steinen sind, wenigstens dem Namen nach, die Schamottesteine am bekanntesten. Trotzdem man aber diese Bezeichnung als eingebildete Bezeichnung kennt, läßt sich doch sehr bald konstatieren, daß über die verschiedenen Merkmale, über die Zusammenfassung usw. in den Kreisen der Verbraucher eine noch ziemlich große Unklarheit herrscht, und es wundert, wenn man sich von dem Hersteller bzw. Lieferanten eine gewisse Auskunft geben möchte, um sich vor irrtümlichen Schamottesteinsparungen zu sichern, daß diese mehr als die Hälfte der Erzeugnisse besamt werden, wenn die Verbraucher sich nicht über die Zusammenfassung, welche an die Steine gestellt werden, um für gewisse Zwecke brauchbar zu sein, nicht ganz klar. Das ist auch sehr erklärlich, wenn man bedenkt, daß Schamottesteine überall in Verwendung stehen, wo es sich um die Erzeugung sehr hoher Temperaturen handelt, daß aber wieder die Stellen, an denen hohe Temperaturen benötigt werden, in verschiedenen weit verschiedenen Zusammenfassungen vorkommen, daß also auch die Materialien, welche der Erzeugung hoher Temperaturen ausgesetzt werden, in ihrer Wirkung auf die Schamottesteine sich unterscheiden müssen. Es wird also auch nicht möglich sein, denselben Schamottestein überall unter gleichem Namen zu verwenden, man wird vielmehr darauf Rücksicht nehmen müssen, ob gewisse Arten von Altsilber und Steinen, flüssigen Metallen usw. zu gewöhnen sind, oder ob die Steine nur hohen Temperaturen ausgesetzt werden und die Verwendung nicht erregender Energie, wie elektrische Säure usw., ausgesetzt werden, wie bei Schmelzgeräten.

Den vielen Ansprüchen, welche an das Schamottematerial gestellt werden, hat man durch verschiedene Zusammenfassung gerecht zu werden versucht. Der gewöhnliche Schamottestein ist ein Produkt aus feuerfestem Ton mit möglichst wenig schmelzbaren Bestandteilen, wie Kalk, Eisenoxyd, Alkalien, unter Umständen auch fein verteiltem Quarz. Der Ton wird in größeren Mengen Wasser angeweiht und gut durcheinandergewirrt, wodurch eine homogene Masse entsteht. Nach dem Absetzen des Zemes wird das Wasser abgelassen und der Ton in Stücken herausgeschneitten, welche nach Erhärtung der gezeigten Konsistenz wie Ziegel gepreßt und dann gebrannt werden. Diese Formstücke sind jedoch noch nicht die zur Verwendung kommenden Schamottesteine, sondern sie bilden erst ein Halbfabrikat, welches auf geeigneten Maschinen zerhackt und darauf mit feinem Ton und Wasser durcheinandergewirrt wird. Erst aus diesem Produkt werden die eigentlichen Schamottesteine geformt, getrocknet und schließlich bei 1800 bis 1900 Grad Celsius gebrannt.

Die Anforderungen an die Schamotteindustrie sind, wie das Endprodukt in seiner Eigenschaft durch die Menge des zugefügten Bindemittels und die Größe der Körnung des Zuschlagmittels beeinflusst, denn es besteht hier aus einem Analogie. Die durch Zerhacken der gebrannten Ziegel erhaltenen Materialien werden in der mit Bindemitteln gemischten Schamotteformmasse nur als Füllkörper, ähnlich wie im Beton der Kies und Steinmehl oder andere Zuschlagstoffe; je größer das Korn, desto mehr sind die Eigenschaften befähigt, höhere Temperaturerwartungen auszuhalten.

Reben diesen gewöhnlichen Schamottesteinen gibt es auch solche, denen gleichzeitig mit dem Schamottestein auch noch Quarzsand oder gemahlener Quarz zugesetzt wurde. Diese Erzeugnisse heißen dann auch Quarzschamottesteine, welche dem Schamottestein gegenüber den Vorteil haben,

daß sie wenig oder gar nicht im Feuer schwinden, während die nur aus feuerfestem, gebranntem Ton hergestellten Schamottesteine manchmal ganz erheblich schwinden und dadurch zum Entsetzen von Feuerzügen Veranlassung geben. Je nach der Menge des zugefügten Quarzes können diese Steine sogar im schärftigen Feuer an Volumen zunehmen. Es ist dies eine Ausnahmestellung unter den Kieselsteinen, hat aber für den vorliegenden Zweck einen hohen Wert und erklärt sich einfach aus dem Umstand, daß der Quarz bei steigender Temperatur nicht wie der Ton erweicht, sondern auch ihr Volumen nicht verändernde Steine erzeugen, so wird der zuzugebende Quarz erst gelöst resp. geschmolzen, dann gelöst oder demahlen und erst jetzt dem Schamottestein zugesetzt. Mit der Zunahme des Quarzgehaltes gehen diese Steine dann allmählich zu der Klasse der Dinassteine über, welche hauptsächlich in der Eisengießerei Verwendung finden und zumeist auch auf diese beschränkt bleiben, da überall da, wo scharfe Temperaturwechsel auftreten, der Quarzschamottestein empfindenswerter ist.

Gegenüber chemischen Einflüssen zeigen die Steine immer wieder ein anderes Verhalten; hier ist die höchste Feuerfestigkeit nicht ausreißend, da die Steine mit höchstem Kieselgehalt am feuerbeständigsten sind. Man nennt diese Erzeugnisse deshalb auch saure Steine, im Gegensatz zu den basischen Steinen, welche oxydischen Angriffstoffen wieder mehr Haltbarkeit entgegenstellen.

Aus diesen wenigen Angaben läßt sich ersehen, daß in der Fabrikation der Schamottesteine ebenso — nach einer Schablone sich arbeiten läßt, trotzdem die Bezeichnung "Schamotte" sich in der Technik eigentlich mit einem bestimmten Begriff verbindet.